

Bezugspreis.

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Zeit'...

Telegraphische Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Annoncenzeile 60 Pfennig, Reklamazeile 1 Reichsmark...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 11. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Botschaft der französischen Arbeiter.

Jouhaux über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Führer der französischen Gewerkschaften, Genosse Jouhaux...

Als es 1919 galt, zur Washingtoner Arbeitskonferenz zu gehen, hat die französische Gewerkschaftszentrale verlangt, daß auch Deutschland mit gleichen Rechten zugelassen würde...

Die Nachmittagsführung in Genf.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Vollversammlung legte nachmittags 3 1/2 Uhr die mehrtägige Debatte fort.

Nachmittags 5 1/2 Uhr, nach Beendigung der Vollversammlung, trat die erste Kommission zur Beratung der Vorschläge über die Reorganisation des Rates unter Vorsitz Mottas zusammen.

Reden auf dem Pressebankett.

Deutschlands Dank an Briand.

V. Sch. Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Es ist schon an dieser Stelle unter dem Eindruck der ersten Rede Stresemanns am heutigen Vormittag bedauert worden...

Am stärksten wirkte Stresemann, als er die nebenfällige Bedeutung des einzelnen Individuums und der selbstdurchlebten Zeiträume betonte...

Stresemann dankte in seiner Dankrede zunächst für die ehrenden Worte seiner Vorredner und kritisierte dann Westarps Redensarten von den 'Locarno-Illusionen'.

Der britische Außenminister Chamberlain hat bei einem Empfang deutscher Pressevertreter abermals seiner großen Freude über den Eintritt Deutschlands und über das Gelingen des friedenssichernden Wertes von Locarno bewegt Ausdruck verliehen.

A. A.-Zeremoniell im Völkerbund.

V. Sch. Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Es muß schon jetzt darauf hingewiesen werden, daß die Wilhelmstraße offenbar andere Vorstellungen vom Völkerbund hat als das bei den übrigen Regierungen der Fall ist.

Briand und der Rhein.

Die TU. meldet: Nach Mitteilungen aus Genf dementiert Briand auf das entschiedenste eine ihm (zu Zwecken der nationalistischen Hege. Red. d. 'V.') zugesprochene Äußerung über den internationalen Rheinstrom.

Vor dem Austritt Spaniens aus dem Völkerbund.

Madrid, 10. September. (TU.) Wie in hiesigen amtlichen Kreisen bestätigt wird, bereitet die spanische Regierung eine Note an den Völkerbund vor, in der sie ihren Austritt aus dem Völkerbund erklärt.

Die Verärgerten.

Genf als deutschnationales Parteimalheur.

Der Tag, an dem zum erstenmal unter den Fahnen der Völkerbundsmächte die schwarzrotgoldene Flagge wehte und an dem die deutsche Delegation unter dem Jubel der Vertreter von fast allen Völkern der Welt im Genfer Reformationsaal ihren Einzug hielt...

Aber dieser Tag, der für die Mehrheit des deutschen Volkes ein Tag der Freude und der Genugtuung ist, der ganz zweifellos einen großen Erfolg der deutschen Außenpolitik bedeutet, ist für die Deutsch-nationale Partei ein Tag des Schreckens und der Trauer.

Es gibt keinen Ausweg aus der fatalen Alternative: Entweder war die deutsch-nationale Nachkriegspolitik richtig, und dann war der Tag von Genf kein Erfolg — oder aber der Tag von Genf war ein Erfolg, und dann war die deutsch-nationale Politik falsch.

Es ist ein besonderes Pech der Deutschnationalen, daß das Unglück von Genf über sie gekommen ist, während sie ihren Parteitag in Köln abhielten.

Die begreifliche Verärgerung treibt die deutsch-nationale Presse dem Ereignis von Genf gegenüber zu wahrhaft kindischem Verhalten. Was soll man dazu sagen, wenn die 'Nachtausgabe' des Herrn Hugenberg einen 'ersten Zwischenfall in Genf' daraus konstruiert, daß Briand noch stärkeren Beifall hatte als Stresemann?

Die Erklärung für diese Verärgerung, diese verkniffene Krügelei gibt die deutsch-nationale 'Pommersche Tagespost', wenn sie mit anerkennenswerter Offenheit schreibt:

Wir standen von Anfang an in härtester Gegnerschaft zu einer Politik, die uns, abgesehen vom verfallenen Schandvertrage, erst nach London, Locarno und schließlich nach Genf geführt hat.

Das pommersche Junferblatt zieht aber aus alledem nur den Schluß, daß die Deutschnationalen nun scheunigst in die Regierung mühen, um dort, wie sie es ausdrückt, 'Genfer Machtpolitik' zu treiben.

Ein deutscher Außenminister mühte seine Aufgabe im Völkerbunde darin erblicken, in diesem nach Kräften als Störenfried zu wirken. Das könnte er natürlich nicht sagen; aber wir sind leider überzeugt, daß Herr Stresemann weit davon entfernt ist, an so etwas auch nur zu denken.

In all diesem Treiben steckt ein Stück Konsequenz. Die deutsch-nationale Partei will mit allen Mitteln in die Regierung, um ihre Existenz als Partei zu retten. Als 'natto-

nale Opposition" ist sie durch die tatsächliche Entwicklung erledigt, hat sie ihre Rolle ausgespielt. Als Regierungspartei kann sie auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Finanzpolitik den besitzenden Klassen Dienste leisten, und damit hofft sie sich zu sanieren.

So stellt sich das Problem für die Deutschnationalen. Für die Mittelparteien aber stellt es sich so, ob sie alles Gewonnene aufs Spiel setzen wollen, um einer Partei, die einen vollständigen Bankrott ihrer sogenannten Grundsätze erlebt hat, wieder auf die Strümpfe zu helfen. Gestern hat Herr Stresemann als Außenminister von der großen Mehrheit des deutschen Volkes gesprochen, die sich zur Völkerverständigung bekennt, und er hat im Namen des ganzen deutschen Volkes „freudige Mitarbeit“ am gemeinsamen Werke gelobt. Würde Herr Stresemann, als Parteiführer, nach Hause zurückgekehrt, jener Minderheit die Türe zur Regierung öffnen, die diese Politik bekämpft und die das gemeinsame Werk nach allen Kräften zu schädigen bestrebt ist, so könnte er von der Welt nicht mehr verlangen, daß sie in seine Worte Vertrauen setzt.

Die Sozialdemokratische Partei wird auf keinen Fall zugeben, daß die Erfolge der deutschen Außenpolitik aufs Spiel gesetzt werden, weil eine bankrotte Partei sich sanieren will. Im Interesse des inneren wie des äußeren Friedens ist vielmehr zu verlangen, daß dem Verede von der Wiederkehr der Deutschnationalen in die Regierung endlich ein Ende bereitet wird. Sonst wird es bald notwendig werden, den geschaffenen Spannungen ein Ventil zu öffnen durch Reichstags- und Landtagswahlen und das Volk selbst darüber entscheiden lassen, ob es von den Gestrigen, den Gewesenen regiert werden will oder nicht.

Stand der Erwerbslosenunterstützung.

Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Amlich wird mitgeteilt: Der Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hat in der zweiten Augusthälfte in stärkerem Maße angehalten. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1.286.000 am 15. August auf 1.246.000 am 1. September 1926 zurückgegangen. Die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 317.000 auf 303.000, die Gesamtzahl von 1.603.000 auf 1.549.000. Der Gesamtzurückgang beträgt also rund 54.000 oder 3,4 Prozent.

Die Zuschlagsempfänger, d. h. die unterhaltungsberechtigten Angehörigen Vollerwerbstätiger, haben sich in einem ähnlichen Verhältnis vermindert. Während des ganzen Monats August ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 103.000, d. h. um 6,3 Prozent, zurückgegangen, gegenüber einem Rückgang von 80.000, d. h. 5 Prozent, im Juli.

Verleumder vor Gericht.

Klage Hirtlefers gegen das „Deutsche Tageblatt“.

Schon vor mehreren Wochen fand der erste Termin gegen den Verleumder Lippert vom „Deutschen Tageblatt“ statt, das über den Minister Hirtlefer Schwaurnmünchen in die Welt gesetzt hatte. Hirtlefer soll angeblich bei einem Aufenthalt in Wien in Begleitung von zwei Straßenmädchen völlig betrunken gewesen sein. Beim ersten Termin war Lippert nicht anwesend. Gestern war er endlich erschienen. In der Verhandlung trat als einziger Zeuge Ministerialrat Peters auf. Er bezeugte unter Eid, daß er während des ganzen Aufenthalts des Ministers in Wien ständig mit ihm zusammen gewesen sei, und daß sich die von dem völkischen Verleumderblatt behaupteten Vorgänge gar nicht zugetragen haben könnten. Die völkischen Verleumder konnten sich nur auf Klatschzählungen stützen. Der Staatsanwalt beantragte gegen Lippert sechs Monate Gefängnis. Auf

Menschen.

Von Hardy Worm.

Weißt du, wo du die Menschen kennen lernst? Du meinst in ihren vier Pfählen, auf der Arbeitsstätte? Du meinst in den Gefängnissen und Kuchentischen, auf den Schiffen und in der Straßenbahn? Auch dort. Auch dort lernst du die Menschen kennen. Aber nirgends siehst du sie nachher als auf den schmalen Bänken des Gerichts, als in den Sälen, wo Menschenpein und Menschenleid dir in die Ohren grellt. Nicht in den Schwurgerichtssälen, wo ein schneller Staatsanwalt den Kopf des Angeklagten verlangt, sondern in den kleinen Räumen des Amtsgerichts, wo Beleidigungen und Täuschungen geschehen, wo Ehen getrennt werden. Wieviel Haß ist auf der Welt, wieviel Haß ist in den Menschen, glühender Haß. Wieviel Leid tragen die Menschen, tränensüßes Leid. Da gehen sie unruhig auf und ab in den Gängen. Die Geschäftsmädchen, die Arbeiter, die Chefs, die Prostituierten; da marschieren sie alle auf, die Duibsdamen und die Ungerechten, die Aufrechten und Geschloffenen, die Klugen und die Einfältigen. Alle marschieren sie auf. Die einen sind benommen, nur schwer fallen die Worte von ihren Lippen; die anderen sind selbstbewußt, Augen und Ohren auf Deck. Und dann find da die Richter, o es gibt weiße, weltweife Männer des Gesetzes. Du erkennst sie sofort; sie hören nicht teilnahmslos zu, sie steigen tief hinein in die Menschen. Sie sind gütig und hilfsbereit. Aber da find auch trockene Paragraphenmenschen, ihre Stimme knattert wie Pergamentpapier; sie hören zu und hören doch nichts, sie leben und leben doch nichts. Sie sagen: „Das ist ja sehr interessant!“ und denken an ihr Frühstück. Sie sagen „Jaja“ und meinen: „Das können wir. Auf den Schwirbel fallen wir nicht mehr rein.“ Es ist schwer, Richter zu sein. Die meisten machen es sich zu leicht.

Man lernt die Menschen kennen in den Gerichtsgebäuden. Die Aufrechten und die Geschloffenen, die Klugen und die Einfältigen, die Brutalen und die Jarrführenden. Wegen eines Wortes, wegen eines unbedachten Wortes öffnen sich Abgründe, tut sich die Hölle auf. Da bilden sich feindliche Lager, da wirkt jede Gebärde aufreizend, vergiftend. Man merkt erst, aus wieviel Dörfern dieses große, weltstädtische Berlin besteht, wenn man einer Verhandlung beimohnt, in der Hausbewohner als Zeugen auftreten. Dieser Klatsch, der herumspriht. Jeder weiß etwas vom anderen. Da ist keiner im Haus, der unbeobachtet bleibt. In solch einem Hause mit den dunklen Höfen und den vielen, vielen Wohnungen liegt alles im Hinterhalt, liegt immer der vergiftete Pfeil auf der Sehne.

Und wieviel Dramen rollen sich erst in den Ehebedingungs-kammern ab. Wieviel Tränen strömen. Man hält es miteinander nicht für möglich, mit welcher Feindseligkeit sich Menschen gegenübersehen, die fünf, zehn Jahre lang Tisch und Bogenstuhl geteilt haben. Haben sie sich jemals geliebt, haben sie sich jemals aufrichtig geliebt? O sicher haben sie geglaubt, es zu tun. Aber dann kamen die Enttäuschungen. Ein Menschenleben ist reich an Enttäuschungen. Hier fällt ein Stück und dort bröckelt ein Stück. Bis dann alles so ausgehöhlt und so müde ist, daß der Bau zusammenfällt. Jahrelang gehen dann die Menschen nebeneinander her. Sie lieben sich nicht. Sie hassen sich nicht. Sie sind stumpf geworden und gleichgültig.

Antrag der Verteidiger wurde aber nochmals die Vertagung beschlossen, um sowohl den Minister wie die Ratschbafen aus der völkischen Fraktion als Zeugen zu vernehmen. Der Gang der gestrigen Verhandlung zeigte aber bereits, daß die Herrschaften um den verdienten Reinsfall nicht herumkommen werden.

Mecklenburg baut.

Energetische Hilfe des Finanzministeriums.

Schwerin, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Das mecklenburgische Finanzministerium hat jetzt bereits den Städten die Mietzinssteuerausläufe für den Wohnungsbau des Rechnungsjahres 1927/28 zur Verfügung gestellt. In vielen Städten ist daraufhin die Verteilung der Baukostenzuschüsse für 1927 bereits erfolgt, so daß mit dem Wohnungsbau sofort begonnen werden kann. Durch diese Maßnahme des Finanzministeriums wird verhindert, daß die hausgewerblichen Arbeiter und Handwerker der Erwerbslosenfürsorge zur Last fallen und das Wirtschaftsleben eine Verschlechterung erfährt. Sodann wird mit der Ausführung des Siedlungsprogramms für das Jahr 1927 sofort begonnen. Bereits in diesem Herbst soll der Bau von über 100 Siedlungen in Angriff genommen werden.

Kampf um den Religionsunterricht.

Schwerin, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Das mecklenburgische Unterrichtsministerium ordnet an: „Das Rundschreiben vom 5. März d. J. über die Erhöhung der Zahl der Religionsstunden in den Volks- und Mittelschulen tritt mit Beginn des Winterhalbjahres außer Kraft. Die Zahl der wöchentlichen Religionsstunden wird von drei auf zwei herabgesetzt.“ Nach dem Luftzug setzte die erste Volksregierung die beträchtliche Religionsstundenzahl in Mecklenburg auf zwei in der Woche herab. Diese Verordnung wurde später durch den verfassungsgebenden Landtag sanktioniert. Im Jahre 1925 ließ dann die Regierung von Brandenstein durch die Rechtsmehrheit des Landtages diese Verordnung aufheben und den Religionsunterricht wieder auf drei Stunden in der Woche erhöhen. Durch die letzte Verordnung des Ministeriums Schröder ist nunmehr der Zustand des Jahres 1919 wieder hergestellt. Der Oberlehrerrat und die mecklenburgische Geistlichkeit erhebt gegen die neue Verordnung kirchliche Proteste. In Schwerin wurde sogar eine große Protestversammlung in den Dom einberufen. Das ist deswegen interessant, weil es das erstmal ist, daß eine Kirche als Versammlungsraum für eine öffentliche Volksversammlung hergegeben wird. Die Verordnung tritt mit dem 1. Oktober in Kraft.

Landtag im Oktober.

Die Deutsche Volkspartei hält vom 1. bis 3. Oktober in Köln ihren Parteitag ab. Mit Rücksicht darauf hat der Vorsitzende der volksparteilichen Landtagsfraktion den Präsidenten ersucht, die ursprünglich für den 28. September in Aussicht genommene erste Sitzung des Landtages um eine Woche zu verschieben. Der Kellerrat wird diesem Wunsche höchstwahrscheinlich in seiner nächsten Sitzung am kommenden Sonnabend stattgeben. Eine Reihe Landtagsausschüsse werden ihre Arbeiten demnächst wieder aufnehmen, so der Femeauschuß, der am 14. September zusammentritt, und der Hauptauschuß, der am 20. September eine Sitzung abhält.

Großer Abbau in Frankreich.

Auch an Meer und Flotte.

Paris, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Minister rat hat einschneidende, von dem Kriegsminister, dem Innenminister und dem Wiederaufbauminister vorgeschlagene Spar- und Einschränkungsmassnahmen genehmigt. Es werden 106 Unterpräfektoren, also rund eine in jedem Departement, aufgehoben. In der Armee wird auf Vorschlag des Kriegsministers Poincaré die Friedensstärke des Offizierkorps um 2700 auf 28.800 herabgesetzt (1914: 35.000). Es werden weiter Massnahmen getroffen, die Einziehung der Dienstpflichtigen erst mit 21 Jahren

Dieser entfehlige Krieg hat vieles, hat alles verschuldet. Es gibt kein Heim. Der Mensch ist unfähig geworden. Sein Zimmer, dieses ein Zimmer, in dem sich eine junge Ehe entfalten soll, wirkt erdrückend. Es ist kein Raum in der kleinsten Hütte. Es ist eine Gedankenlosigkeit, das Gegenteil zu behaupten. Wir sind nicht mehr lo primitiv wie vor hundert Jahren. Und dann gibt es noch andere Hemmnisse. Die Eheleute wohnen bei den Eltern. Sie fühlen sich unfrei, sie fühlen sich bedrückt. Sie lassen die billigen Ratsschläge der Alten, die nicht mehr in diese Zeit passen, über sich ergehen. Sie lassen sie über sich ergehen, Aufsehung und Raasheit im Herzen. Sie werden einander entfremdet. Und dann stehen sie vor einem Richter. Sie sollen sich nicht bei der Hand, sie sollen sich nicht freundschaftlich bei der Hand und fogen: „Sieh her. Wir haben uns geliebt. Wir passen nicht zueinander.“ Nein, sie bliden sich voll Hoß am. Boll Hoß, weil sie sich einmal geliebt haben.

Es gibt aber auch gute und glückliche Menschen. Von denen wollen wir nicht sprechen. Denn sie wünschen nicht, daß man von ihnen spreche.

Hauptstädte auf Bestellung.

Die neue Hauptstadt Australiens, Canberra, geht der Vollendung entgegen und wird im Frühjahr nächsten Jahres mit großen Feierlichkeiten eingeweiht werden. Diese Hauptstadt eines großen Landes ist in einer bis dahin unbewohnten und abgelegenen Gegend tatsächlich „auf Bestellung“ entstanden. Nach der Eröffnung des ersten australischen Bundesparlamentes im Jahre 1901 beschloß man, eine würdige Hauptstadt zu errichten und die dafür geeignete Stelle auszuwählen. Die Gegend von Canberra wurde schließlich nach langem Suchen für die geeignetste erklärt und ein Gebiet von 1500 Quadratkilometer als Riesenaupslag erworben. Das war im Jahre 1910. Der Bewirtlichung des Planes trat dann der Krieg hindernd entgegen, und so wurde die Bautätigkeit erst 1920 mit großem Eifer aufgenommen. So seltsam aus der Gedanke erscheinen mag, eine Wildnis plötzlich in eine Hauptstadt mit herrlichen Bauten und in den kulturellen Mittelpunkt eines Landes zu verwandeln, so ist doch die Tat der australischen Regierung nicht ohne Vorgänger. So manche Hauptstadt ist „auf Bestellung“ geschaffen worden. Washington verbandt einem ganz ähnlichen Entschluß seine Entstehung. Als die Unabhängigkeit der nordamerikanischen Staaten glücklicherweise erworbene war, da beschloß man, eine ganz neue Stadt als Hauptstadt der neuen Republik anzulegen. 1790 wurde an der Grenze von Maryland und Virginia ein Gebiet ausgewählt, das von den beiden Staaten getrennt und direkt unter den Kongreß gestellt wurde. 1793 wurde der Grundstein für das Kapitol gelegt, und 1800 hielt die Regierung der Vereinigten Staaten ihren Einzug in das neue Heim. Seitdem hat sich Washington zu einer der schönsten Städte der Welt entwickelt.

Auch Ottawa, die Hauptstadt Kanadas, ist „auf Bestellung“ entstanden. Die Stadt, die ursprünglich Bytown hieß, war von ganz untergeordneter Bedeutung, bis sie zur Hauptstadt erwählt wurde. Zwei berühmte europäische Beispiele der künstlichen Schaffung von Hauptstädten sind Petersburg und Konstantinopel. Als Peter der Große den Plan faßte, seinem Lande eine neue Hauptstadt zu schenken, die ein Sinnbild der Himmelfahrt

vorzunehmen, eine Maßregel, die die Einziehung zu einjähriger Dienstplicht bilden und die Herabsetzung der Heeresstärke vorbereiten soll. Die Kavallerie wird sofort um 7000 Pferde, denen später weitere 10.000 und 2000 in der berittenen Gendarmerie folgen sollen, vermindert. 350 Kasernen werden zu Volksschulungs- oder sonstigen gemeinnützigen Zwecken zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Gendarmerietrupps werden miteinander verschmolzen, besonders in der Kasernenverwaltung. Die Marine wird ebenfalls stark abgebaut. Rochefort verliert den Rang eines Kriegshafens I. Klasse; Arsenale, Marinepräpektur, Depots und sonstige Verwaltungsgebäude werden geschlossen oder aufgehoben. Dem Hofen von Orient werden nur Arsenale für Neubauten und schwere Marineartillerie belassen. In der Verwaltung der befreiten Gebiete werden sofort rund 500 Beamtenstellen aufgehoben und Minister Lardieu beabsichtigt, durch langsame Abbau bis 1927 die ganzen Verwaltungszweige um 50 Proz. zu reduzieren.

Die Kämpfe in Griechenland.

Plastiras im Anmarsch?

Paris, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Pariser Abendblätter veröffentlichen in sensationeller Aufmachung Nachrichten aus Athen, nach welchen dort eine neue Revolution ausgebrochen und es bereits zu Straßenkämpfen gekommen sei. Der Führer der Royalisten, General Plastiras, soll an der Spitze einer Armee auf Athen marschieren. Einer anderen Version zufolge soll die Regierung einer Division Befehl gegeben haben, dem General entgegenzutreten. In Athen selbst sollen schwere Unruhen im Verfolg des Versuches der Regierung ausgebrochen sein, die republikanische Garde, die geneuert hatte, zum Gehorsam zurückzuführen. Die Regierungstruppen, die die republikanische Garde entwaffnen sollten, wurden von Maschinengewehr- und Artilleriefeuer empfangen. Es entspann sich in den Vorstädten von Athen ein mehrere Stunden langer Straßenkampf. Es soll rund 50 Tote und gegen 100 Verletzte gegeben haben. Die offiziöse Athener Telegraphenagentur veröffentlicht ein Kommuniqué, in dem es heißt, daß die Regierung Herr der Lage sei, und daß es gegen 12 Uhr mittags den Regierungstruppen gelungen sei, die republikanische Garde zu überwältigen und zu entwaffnen. Die Truppen selber sollen nur wenig Verluste erlitten haben.

Regierungsdarstellung.

Athen, 10. September. (Agence d'Athènes.) Nach einer Besprechung mit dem Staatspräsidenten Konduktiotis erklärte Ministerpräsident General Kondylis den Pressevertretern u. a., daß der von der Regierung errungene Sieg ein Sieg des griechischen Volkes und des republikanischen Regimes sei; die Abschaffung der Diktatur und die Befreiung des Diktators werde so lange eine Garantie für die Wiederherstellung der Freiheiten des Volkes nicht sein, wie die Gardebataillone fortbeständen. — Die Regierung ist der Ueberzeugung, daß

Zwischen den Royalisten und den Kommunisten eine Verständigung

erfolgt ist. Es sind eine Reihe Kommunisten und einige Führer der unersöhnlichen Royalisten, darunter der frühere Minister Worfis und ein Journalist, verhaftet worden. Heute hat die Stadt ihr gewöhnliches Aussehen. Die Banken und Geschäftshäuser sind geöffnet und die Bevölkerung geht ihrer Arbeit nach.

Ausnahmestand.

London, 10. September. (E.P.) Die Regierung hat den Ausnahmezustand proklamiert. Um 9 Uhr abends darf niemand mehr auf der Straße erscheinen und die Lichte in den Wohnungen müssen gelöscht sein. Infanterie- und Kavallerietruppen patrouillieren auf den Straßen. An besonders belebten Stellen sind Geschütze und Maschinengewehre aufgeföhrt. Die Truppen, die an der Niederwerfung der Weiteerei nicht beteiligt sind, haben Befehl erhalten, die Kasernen nicht zu verlassen.

zur westlichen Kultur werden sollte, da er als Stätte eine wüste lumpige Gegend an den Ufern der Rewa aus. Wölfe waren damals die einzigen Bewohner der Wälder, die niedergehauen werden mußten. Noch heute ist die jetzt Veningrad genannte Stadt von einer Einöde umgeben. Seinen Ratgebern erschien diese Wahl als besserer Wahnsinn, aber Peter war nicht umsonst der Selbstherrscher aller Reußen, und Widersprüche bestärkten ihn in seinem Entschluß. Infolge des ungesunden Klimas und der großen Schwierigkeiten starben Hunderte der Arbeiter, die sich zum großen Teil aus schwedischen Gefangenen zusammensetzten, aber die Stadt wurde gebaut und war 20 Jahre Rußlands Hauptstadt. Auch Konstantinopel ist die Neugründung eines Herrschers, nämlich Konstantins des Großen, der hier an der Stätte des alten Byzantium die neue Hauptstadt für sein Weltreich schuf.

Ein internationales Bureau der Museen. Ueber ein vielseitiges Programm, mit dem die Kunstkommission des Völkerverbundes hervorgeraten ist, wird in „Kunst und Künstler“ berichtet. Danach soll ein internationales Bureau der Museen errichtet werden, das nicht nur den geistigen Austausch zwischen den einzelnen Instituten vermittelt, sondern auch einzelne Kunstwerke austauschen soll. Außerdem wird eine internationale Zeitschriftenschau geplant und die Errichtung eines Museums primitiver Kunst. Ein Völkerverbundkongreß für Volkskunst mit einer großen Ausstellung soll stattfinden, dessen Ziel die Wiederbelebung der Volkskunst ist.

Konferenz über die Frage der 50jährigen literarischen Schutzfrist. Im Jahre 1927 wird in Rom eine Konferenz sämtlicher der Berner literarischen Konvention angeschlossenen Regierungen stattfinden, die sich ausschließlich mit der Frage einer einheitlichen Verlängerung der Schutzfrist für literarische Erzeugnisse auf 50 Jahre beschäftigen soll. Die deutschen Autorenverbände und großen Verlagsanstalten beabsichtigen eine große gemeinsame Aktion zugunsten dieser Forderung durchzuführen; es wird u. a. darauf verwiesen, daß, falls diese Frage nicht einheitlich geregelt wird, die Gefahr besteht, daß der Druck neuer Werke in größerem Umfang nach Frankreich vergeben wird, das bereits ein 50jährige Schutzfrist besitzt. Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist gegenwärtig damit beschäftigt, die Ansichten aller beteiligten Kreise über diese Frage einzuholen.

Rabindranath Tagur, der berühmte indische Dichterschriftsteller, kommt auf seiner Europareise heute nachmittag von Hamburg in Berlin an. Er wird am 13. September in der Philharmonie einen Vortrag halten. Tagur wird während seines Berliner Aufenthaltes vom Reichspräsidenten und vom Kultusminister empfangen werden.

Die ersten Sonderveranstaltungen der Volksbühne bringen am 17. September eine Vorlesung Hans Reimanns aus seinem eigenen Werke und am 26. September eine Tsamaine, in der Rudolf Döbner mit seiner Gruppe Musik des Ostens „Don Juan“ mit besonderer Leitung zur Aufführung bringen wird. Der Kartenverkauf für beide Veranstaltungen hat in den Jahrestellen der Volksbühne E. B. bereits begonnen.

Staatsoper. Lino Battiera tritt am 15. September sein Engagement an. Er wird zunächst gemeinsam mit Heinrich Schuschnig, der gleichfalls hiermit seine diesjährige Verpflichtung beginnt, am 17. in „Balass“ und am 19. in „Arondabour“ auftreten.

Hermann Molkenbuhr.

Zu seinem 75. Geburtstag.

Hermann Molkenbuhr vollendet heute sein 75. Lebensjahr. Noch immer nimmt der Alte mit nie ermüdendem Pflichteifer seinen Platz im Bureau des Parteivorstandes ein, noch immer, trotz der Last der Jahre, steht er mit seinem klugen Rat und der Fülle seiner Spezialkenntnisse den jüngeren Kollegen helfend zur Seite.

Es ist gewissermaßen der Typus des aus seiner Klasse zur Führerschaft emporgewachsenen Arbeiters. Aus dem kleinen Orte Wedel in Holfstein, wo er am 11. September 1851 zur Welt kam, ist er den dornenpflanzenden Weg des Proletariats gegangen. Erst die kümmerliche Volksschule seiner Heimat, dann eine „Abendsschule für die in Fabriken tätigen Kinder“ brachten ihm die allernotwendigsten Kenntnisse bei. Aber als er den Beruf des Zigarrenmachers erlernte, und in all den folgenden Jahren arbeitete er unermüdet an seiner Fortbildung weiter. Ganz früh schon stand er mitten in der jungen Arbeiterbewegung. Kaum 23 Jahre zählte er, als ihn die Ortsgruppen Ottenfen und Lockstedt des Allgemeinen Arbeitervereins (Lassalle) zu dem Gothaer Einigungskongress delegierten, der im Jahre 1875 die beiden Flügelparteien Lassalleaner und Eisenacher zur Einheitspartei verschmolz. Seit jener Zeit findet man den Namen Molkenbuhr immer wieder in der Parteigeschichte verzeichnet. Das Sozialistengesetz brachte ihm die Ausweisung aus dem Hamburger Gebiet. Die Wirtschaftskrise trieb ihn über den „großen Teich“ nach Amerika. Aber schon 1884 kehrte er zurück, um an dem stillen jähren Kampfe gegen Polizeiwillkür und Bismarcksche Gewaltpolitik teilzunehmen.

1891 trat er in die Redaktion des „Hamburger Echo“ ein. Ihr gehörte er an, bis er 1904 in den Parteivorstand gewählt wurde und deshalb nach Berlin übersiedeln mußte.

Als Abgeordneter — von 1890 bis 1904 gehörte er mit nur kurzen Unterbrechungen dem Reichstage an — wandte er sein Interesse vor allem den sozialpolitischen Fragen zu. Auf dem Felde der Sozialpolitik war er bald unbestrittener Sachkenner. Lange Jahre gehörte er als erster Sozialdemokrat dem Reichsausschuß, späteren „Beirat für Arbeiterstatistik“ an. Seine unbestechliche Sachlichkeit, verbunden mit außerordentlichen Einzelkenntnissen, schafften ihm im Reichstage auch bei den Gegnern ein großes Ansehen.

Die Schöneberger Genossen wählten ihn 1907 in die Ratshausfraktion. 1915 wurde er unbefoldeter Stadtrat.

Auch in der Internationale hat Molkenbuhrs Name einen guten Klang. Der erste internationale Sozialistenkongress — 1899 in Paris — sah ihn als Delegierten. Auch von den später folgenden Kongressen dürfte er nur wenige verdammt haben.

Wir grüßen heute unseren alten Freund mit besonderer Herzlichkeit und wünschen ihm noch lange Jahre geistiger Frische und frohen Schaffens. Wir sind überzeugt, daß die ganze Sozialdemokratie sich diesen Geburtstagswünschen anschließt.

Internationaler Glückwunsch.

Genf, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anregung standinawischer Genossen unter den Bölkerbundsdelegierten ist heute folgendes Telegramm nach Berlin abgegangen:

Sozialdemokratischer Parteivorstand, Berlin, Lindenstraße 3.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der gegenwärtig in Genf tagenden Bölkerbundsversammlung senden dem verehrten Vorkämpfer der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung, dem Genossen Hermann Molkenbuhr, ihre herzlichsten Glückwünsche anlässlich seines fünfundsiebzigsten Geburtstages.

- F. Borgbjerg (Dänemark), Boncour (Frankreich),
- Breitscheid (Deutschland), de Brouckere (Belgien),
- J. Engberg (Schweden), Jouhaux (Frankreich),
- Niedzialkowski (Polen), Posner (Polen),
- Thomas (Arbeitsamt), Undén (Schweden),
- Vandervelde (Belgien).

Aus Molkenbuhrs sozialer Praxis.

Auf dem Münchener Parteitag, 1902, begründete Molkenbuhr eine das ganze Gebiet der Arbeiterversicherung umfassende Resolution, in der eigentlich schon plastisch die Idee der Existenzversicherung heraustrat. Zwölf Jahre später, 1914, sollte er auf dem Wiener Internationalen Kongress über das Problem der Arbeitslosigkeit sprechen. Vor der Tagung dieses Kongresses brach der Riesenbrand des Weltkrieges aus und legte in Asche alle die sorgfältigen Vorbereitungen zu einer Verständigung der Nationen für eine großzügige staatliche Arbeitslosenversicherung.

Die Molkenbuhrsche Resolution zum Arbeitslosenproblem betrachtete die Arbeitslosenversicherung als ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, und sie stellte die noch jetzt sehr aktuellen Forderungen auf:

1. Durch Steigerung der Konsumfähigkeit der Arbeiter.
2. Durch Regelung resp. Verkürzung der Arbeitszeit.
3. Durch Ausführung von Arbeiten, die im Interesse der Kultur geboten, wie Bau und Einrichtung von Schulen, Krankenhäusern, Genesungsheimen, Heilstätten zur Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, ferner Bau von gesunden Arbeiterwohnungen.
4. Schaffung von Werken zur Förderung des Verkehrs, wie Bau von Eisenbahnen, Wasserstraßen usw.
5. Urbarmachung von Dehländereien.

Dieses Programm Molkenbuhrs, das auf dem verhinderten Kongress nicht mehr beraten werden konnte, kann uns heute noch als Wegweiser dienen.

Fackelzug zu Molkenbuhrs Ehren.

Unserem Parteiveteranen Molkenbuhr brachten gestern Abend die Schöneberger Genossen einen Fackelzug dar. In der Dammwegstraße sammelten sich gegen 8 Uhr die Parteigenossen aus Schöneberg und das Reichsbanner aus den Bezirken Tiergarten und Schöneberg mit ihren Bannern und Fahnen, mit zwei Tambourkorps und einer Musikkapelle. Arbeiter, die von ihrer Arbeitsstelle kommen und den Grund des Festzuges erfahren, schließen sich freiwillig an. Nach einem langen Umarmungs durch Schöneberg hält der Zug vor dem Hause Feuerstr. 36. Oben auf dem Balkon im 3. Stockwerk flammten Fackeln auf. Brausende Jurens schallten zu dem fünfundsiebzigjährigen Empor, als er auf dem Balkon sichtbar wird. Die Musik intoniert „In Kimmernis und Dunkelheit“. Dann sprach Genosse Franz v. Puttkamer im Namen der Versammelten, um den Geburtstag eines Mannes zu feiern, der über 50 Jahre in der Partei für unsere Ideale kämpft. In seinem

Die Krise der Rechtspflege.

Landeskongress der Internationalen kriminalistischen Vereinigung.

Bonn, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach der gestrigen Abend erfolgten Begrüßungsfeier trat heute Morgen der Deutsche Landeskongress der I.K.V. in den Räumen der Universität in seine sachlichen Verhandlungen ein.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung verlas der Vorsitzende der Tagung, Reichsanwalt Dr. Ebermayer, einen Brief des Genossen Prof. Dr. Kadbruch, dessen Inhalt auf die Versammelten sichtlich einen starken Eindruck machte. Er hatte folgenden Wortlaut:

Herr Oberreichsanwalt a. D. Dr. Ebermayer, Leipzig.
Hochverehrter Herr Oberreichsanwalt!

Ich fühle mich verpflichtet, Sie über die Gründe meines Fernbleibens von der Bonner Versammlung der I.K.V. in Kenntnis zu setzen.

Die Innsbrucker Versammlung der I.K.V. hat einstimmig dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Frage des

Vertrauens in die Rechtspflege

auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung der I.K.V. gesetzt werde. Der Vorstand hat diesem Wunsche nicht stattgegeben. Ich verstehe die Schwierigkeiten nicht, die den Vorstand dazu veranlassen, aber mit einer Reihe einfacher Maßnahmen hätte ihnen begegnet werden müssen.

Dieser Beschluß der Versammlung war eine rechtspolitisch bedeutsame Kundgebung. Zum erstenmal zeigte ein Fachorgan der Rechtswissenschaften

Verständnis für die Beunruhigung weiter Volksteile über die Rechtspflege.

Indem es sich bereit erklärte, den Gründen dieser Beunruhigung nachzugehen. Das Unterbleiben der Ausführung des der Öffentlichkeit bedeutsamen Beschlusses hat die günstige Wirkung in ihr Gegenteil verkehrt und dem Ansehen der I.K.V. als einer im Geiste Franz v. Liszt vorwärts treibende reformatorische Organisation schweren Abbruch getan. Inzwischen haben neue Ereignisse, zuletzt

der Magdeburger Fall.

gezeigt, daß das durch den Beschluß der I.K.V. entstandene schwierige Problem doch wohl solcher Art ist, daß eine Organisation, wie die I.K.V., nicht mit geschlossenen Augen daran vorbeigehen dürfte. Meine weitere Teilnahme an den Arbeiten der I.K.V. wird wesentlich von der Haltung abhängen, welche der Vorstand in dieser für die Zukunft der Strafrechtsreform entscheidenden Frage einnehmen wird, und ich bitte, dieses Schreiben der Bonner Versammlung zur Kenntnis zu bringen.

Als nach der Verlesung dieses Briefes der Vorsitzende meinte, er habe nichts dazu zu sagen, bat Genosse Dr. Kurt Rosenfeld ums Wort. Der Vorsitzende hat, eine Diskussion erst nach der Erledigung der Tagesordnung vorzunehmen. Genosse Dr. Rosenfeld erklärte sich damit einverstanden, meint aber, daß er mit einer Diskussion über diesen Brief nur vermeiden wollte, daß der Brief einfach nur zur Kenntnis genommen werde.

Darauf erhielt als erster Berichterstatter Prof. v. Dohna das Wort zum Thema über

das richterliche Ermessen.

Im Verlaufe seines Vortrages fand er viele treffende Worte zur Charakterisierung des Mißtrauens weiter Volksschichten zur Justiz. Er führte u. a. aus: Es handelt sich darum, ob angesichts der Unfertigkeit und Unsicherheit der anzuwendenden Methode es dem Gesetzgeber empfohlen werden kann, den Richter mit so schwerer Verantwortung zu belasten und daß dabei das Maß des Vertrauens mit in Rechnung gezogen werden muß, dessen sich der Richterstand erfreut. Mit Argwohn und Mißtrauen im Herzen darf der Gesetzgeber die Zügel nicht aus der Hand geben. Tut er es, so soll er sich auch zu seinem Rute bestimmen und Sorge tragen, daß in der Seele des Richters die Würde zur Würde werde. Im vollen Bewußtsein der großen Tragweite des Prinzips und der Gefahren, welche damit verknüpft sind, bin ich geneigt, die Frage zu bejahen. Der ungleiche Zustand, in dem sich die Strafjustiz zurzeit befindet, wird und muß überwunden werden oder es sind Schäden zu gewärtigen, denen mit gesetzgeberischen Maßnahmen ohnehin nicht abgeholfen werden kann. Es darf gesagt werden, mit Argwohn und Mißtrauen im Herzen sei eine Reform des Strafrechts überhaupt nicht durchzuführen. Die Ermöglichung weitgehender Individualität ist ohne bewußte Freigabe des richterlichen Ermessens nicht zu erreichen. Der Staat soll den Richter erziehen zur freien Betätigung und nicht Ketten schmieden, die sie ersticken, er soll klar und deutlich das Ziel weisen, soll den Geist und Sinn erkennbar machen, in denen er die Ordnung wissen will, und Werkzeuge heranbringen, die fähig und willig sind, seinen Willen zu erfassen und in das Leben anzupflanzen. Dazu mitzubringen, nicht aber die Grundlagen zu erschüttern, auf denen eine gesunde Rechtspflege sich allein entfalten kann, ist Pflicht und Beruf des Richterstandes. Wir haben schwere Erschütterungen des Rechtsbewußtseins erlitten und sind über die Gefahrenzone noch lange keineswegs hinaus.

L. R. Köln, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Während des ganzen ersten Verhandlungstages kam es immer wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen. Trotzdem die Frage des Vertrauens in die Rechtspflege nicht auf die Tagesordnung gesetzt war, bildete gerade dieses Problem gewissermaßen den Angelpunkt aller Reden.

wachselndem Leben hat er mehr als einmal den Beweis dafür angetreten, daß er für die Partei selbst die größten Volkseigenschaften entgegen konnte. Diese Kundgebung vor Ihrem Hause soll zeigen, daß wir treu zu unseren Führern stehen.

Ergriffen dankte der Gefeierte in einer Ansprache: „Als ich vor fünfzig Jahren in die Politik kam, haben wir das alte Lied „In Kimmernis und Dunkelheit“ gesungen. Ich habe damals nicht geglaubt, daß ich es noch erleben werde, wie dies stolze Banner uns bei unseren Kundgebungen voranzwehen, daß es zum Symbol eines neuen Staates werden würde. Wir haben einen neuen Staat. In ihm arbeiten wir für die Erreichung unserer Ziele.“ Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und auf die Republik schloß Hermann Molkenbuhr seine Ansprache.

Entblühten Hauptes und unter dem Gefang unseres alten Kampfliedes, der „Internationale“, marschierte der Zug, der rund fünftausend Personen umfaßte, ab.

Rumänische Zustände.

Gefangenemord und Judenverfolgung.

In den letzten Tagen laufen Nachrichten aus Rumänien ein, die belagen, daß die Verfolgung der politischen Gefangenen in ungeheurer Weise verstärkt wird. Das Bölkerbundsmitglied Rumänien, das nun sogar in den Rat gewählt wird, scheut sich nicht, Methoden anzuwenden, die denen finsterster und fernerster Vergangenheit mindestens gleichkommen.

Den Nagel auf den Kopf traf Genosse Dr. Dorniker in einem Zitat aus einer listigen Arbeit vom Jahr 1906. Professor Franz v. Liszt der Gründer der I.K.V., macht darin der Strafprozeßkommission den Vorwurf, ihre wichtigste Aufgabe nicht erfüllt zu haben. Diese Aufgabe, sagte er, ginge dahin, die Gründe klarzulegen, aus welchen — wie die Motive zu der Regierungsvorlage von 1895 zugeben — das Vertrauen des Volkes in unsere Strafrechtspflege erschüttert ist, und damit die Richtung zu bestimmen, in der sich die Reformvorschlüsse zu bewegen haben.

Auch der zweite Berichterstatter, das Mitglied des Reichstages, Landgerichtsdirektor Wunderlich-Weipzig, mußte zugeben, daß die Richter der Aufgabe, die das Strafgesetzbuch ihnen stellt, nicht gewachsen wären. Es müßten — so meinte er — Mittel und Wege gefunden werden, den Richterstand zu heben, nicht zuletzt durch die Schaffung eines leistungsfähigen richterlichen Nachwuchses. Auch müßte der Richterstand materiell gehoben werden, damit die befähigten, aufstrebenden Juristen einen Anreiz hätten, die dornenvolle Richterlaufbahn zu wählen.

Nach vor der Mittagspause trat dann die Versammlung in die Diskussion über Professor Kadbruchs Brief ein. Genosse Dr. Rosenfeld forderte den Vorstand auf, die Gründe für die Nichtannehmung der Frage des Vertrauens in die Rechtspflege auf die Tagesordnung zu setzen. Professor v. Eilenthal erklärte, daß dafür der Umstand ausschlaggebend war, daß dieses Thema für eine wissenschaftliche Behandlung nicht geeignet sei. Professor Kadbruch habe sich mit Unrecht auf Franz v. Liszt berufen. Professor Kohrausch bekämpfte die Erklärung Prof. v. Eilenthals, indem er sich als ein Motus für die Nichtannehmung des Themas auf die Tagesordnung berufe. Außerdem sei es unmöglich gewesen, einen Referenten zu finden. Genosse Dr. Rosenfeld meinte, der Vorstand habe in diesem Fall abgedankt. Genosse Dr. Dorniker äußert sich ungefähr in demselben Sinn. Schließlich erklärt Justizrat Drucker-Weipzig, daß man Professor Dr. Kadbruch Unrecht tun würde, daß man ihm, der dieses Thema in Innsbruck in Vorschlag gebracht hatte, irgendwelche parteipolitischen Gründe unterschieben wollte. Er sei es gewesen, der das freie richterliche Ermessen in dem Strafgesetzbuchentwurf eingeführt habe. So sei er auch zur Frage gekommen, ob das Vertrauen in die Justiz erschüttert sei. Die von Dr. Rosenfeld und Genossen eingebrachte Resolution, die das Bedauern über die Nichtannehmung des Themas ausspricht, wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt.

In der Diskussion über den Verhandlungsgegenstand hielt es kein einziger von den Rednern für angebracht, gegen die von den Berichterstattern aufgestellte These des Mißtrauens in die Rechtspflege Einspruch zu erheben. Im Gegenteil: sieben Verteidiger der Erweiterung des richterlichen Ermessens (Prof. Freudenthal, Prof. Rosenfeld-Münster, so auch deren Verneiner, Rechtsanwalt Msberg-Berlin, Justizrat Drucker-Weipzig) unterstellten die Richtigkeit dieser These. Für Richterwahl trat Genosse Dr. Dorniker ein.

Einen Rechtfertigungsversuch machte der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Senatspräsident Reichert. Er konstatierte, daß der Richterstand bei den Diskussionsrednern eigentlich sehr glimpflich davon gekommen sei. Er gab zu, daß in der letzten Zeit

eine ganze Reihe von Fehlurteilen

vorgekommen sei, doch es sei nicht richtig, daß die Richterorganisation diese deckte. Es sei einfach unzulässig, daß eine private Organisation über die amtliche Tätigkeit ihrer Mitglieder zu Gericht säße. Die Richterorganisation habe immer nach Mitteln und Wegen gesucht, die Luft zwischen Justiz und Volk zu überbrücken. Verwunderlich sei es aber, daß dieselbe Partei, die immer für die Erweiterung des richterlichen Ermessens eingetreten sei, plötzlich gegen sie Front mache. Die deutschen Richter seien bereit, die Bürde des freien Ermessens auf sich zu nehmen.

Als letzter Redner antwortete Genosse Dr. Rosenfeld dem Senatspräsidenten Reichert. Er konstatierte, daß die sozialdemokratische Stellungnahme notgedrungen durch die veränderte Haltung der Justiz verursacht sei. Er behauptete, daß die Richterorganisation zu den Fehlurteilen ihrer Mitglieder nie Stellung genommen hätte und dadurch das Mißtrauen gegen die Justiz nur erhöht worden sei. Er erinnerte u. a. an den Magdeburger Richterverein, der sich hinter Kölling gestellt habe. Er charakterisierte die Stellung einer großen Anzahl von Richtern gegen die Republik und berief sich auf den Vortrag des Grafen Dohna, der das Mißtrauen gegen die Justiz anerkannt habe. Die Abstimmung über die Resolution wurde auf morgen vertagt. Die Genossen Rosenfeld, Dorniker, Dr. Rubens, Dr. Halpert und Genossen haben ihrerseits folgende Resolution eingebracht: „Jede Aenderung des freien richterlichen Ermessens bei der tiefen Erschütterung des Vertrauens zur Rechtspflege, der jetzigen Vorbildung und Auslese der Richter, sowie der geltenden Gerichtsverfassung und Strafprozeßordnung ist abzulehnen. Hieraus folgt, daß der vorliegende amtliche Strafgesetzbuchentwurf in seiner grundsätzlichen Einseitigkeit abzulehnen ist.“ Außerdem sind eine Reihe von Resolutionen eingebracht, die zum Teil auf Aenderung verschiedener Paragraphen des Strafgesetzbuchentwurfs abzielen.

Die Volksführer Tzatschenko und Stefano aus Bessarabien wurden vor einigen Wochen wieder festgenommen. Stefano wurde in den letzten Augusttagen in das berüchtigte Zuchthaus Jilava in Holterhalt gebracht. In Rumänien werden die Gefangenen gefoltert, was zuletzt wieder in dem großen Czernowitzer Prozeß gerichtsnotorisch festgestellt wurde. Tzatschenko ist nach Auskunft der Siguranz (Staatspolizei), bereits — ver-schwunden, d. h. ermordet.

Seit dem Einzug von elf Hakenkreuzlern ins rumänische Parlament werden auch die Juden immer stärker drangsalziert, obwohl Rumänien in mehreren internationalen Verträgen, freilich nur unter dem Druck der Westmächte, als diese noch nicht seine Verbündeten waren, anständige Behandlung der Juden feierlich gelobt hat. Seit 1923 wird an den Universitäten in Rumänien den jüdischen Studenten verwehrt, die Räume der Hochschule zu betreten. Jeder Versuch wird mit Gewalt verhindert. Als Einwohner Aitrumaniens können die gequälten Juden nicht einmal den Kinderbeistand der Bölkerbunds anrufen. Er sollte trotzdem sich sein neues Ratsmitglied gründlich vornehmen.

Ruba ist eine selbständige Republik, seitdem Daniel Sam, der es den Spaniern abgenommen, ihm das erlaubt hat. Der Präsident hat jetzt seinen Bölkerbundsdelegierten drausgetragen, sich auf einen „halbständigen“ Ratsitz nicht ein- und niederzulassen, denn Ruba nehme nur einen ständigen Ratsitz an. Neben dem berühmten Tabak scheinen dort auch ganz besonders große Rosinen zu gedeihen.

Der englische Gewerkschaftskongress.

Die Frage der gewerkschaftlichen Einheit.

Bournemouth, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Im Mittelpunkt der Verhandlungen des vorletzten Tages des britischen Gewerkschaftskongresses stand die Frage der gewerkschaftlichen Einheit. Auch in dieser Frage zeigte sich der Kongress, sowohl in der Diskussion als in seinen Entschliessungen, zurückhaltender als seine beiden Vorgänger, wozu nicht wenig das gestern übermittelte Telegramm Tompkins beigetragen hat, das unter einer großen Mehrheit des Kongresses außerordentliche Bestimmung gegen die Russen erzwungen hat. Der Kongress verzwarf mit erstaunlich großer Majorität eine ihm vorliegende Entschliessung, in welcher der Generalrat beauftragt werden sollte, in Amsterdam auf die Einberufung einer Einigungskonferenz mit Amsterdam und Moskau hinzuwirken, die an feinerlei Vorbedingungen geknüpft sein sollte. Dagegen nahm der Kongress eine im Namen des Generalrats von Purcell unterstützte Entschliessung an, in der sich der Kongress für die Notwendigkeit der Schaffung einer einzigen einheitlichen Gewerkschaftsinternationale ausdrückt, sein Bedauern darüber betont, daß die bisherigen Versuche nicht zum Ziel geführt haben und den Generalrat auffordert, seine Bemühungen fortzusetzen. In seiner Rede betonte Purcell, der bemerkenswerterweise gegen die radikale Resolution polemisierte, daß ein internationaler Kongress über gewerkschaftliche Einheit in diesem Zeitpunkt mehr Schaden als Nutzen stiften würde. Er versprach jedoch, daß der Generalrat weiter daran arbeiten werde, die Russen in die Amsterdamer Internationale hineinzubringen. In diesem Zusammenhang ist nun interessant, daß der Generalrat — wie nachmittags auf dem Kongress bekannt wurde — trotz des Drängens der Russen beschlossen hat, in den nächsten drei Monaten keine Zusammenkunft des anglo-russischen Einigungskomitees stattfinden zu lassen.

Neuerst bemerkenswert war auch die große Diskussion, die sich an die gestern gemeldete überaus scharfe Antwort des Generalrats an den russischen Gewerkschaftsbund knüpfte. Nachdem von radikalen Mitgliedern des Kongresses Zweifel darüber ausgesprochen waren, ob der Protest des Generalrates in Moskau die wirkliche Meinung des Kongresses widerspiegeln, ergab eine Befragung des Kongresses eine überwältigende Zustimmung zur Haltung des Generalrats gegenüber dem russischen Gewerkschaftsbund. Der Kongress nahm außerdem einstimmig eine in schärfsten Worten gehaltene Entschliessung an, in der gegen den Versuch der konservativen Regierung protestiert wird, eine antigewerkschaftliche Gesetzgebung dem Parlament zu unterbreiten und besonders gegen den Versuch der Regierung, das Recht der staatlichen Beamten auf gewerkschaftliche Organisation zu beschneiden.

Internationale Kampfkraft der Bergarbeiter!

Tagung des internationalen Komitees.

London, 10. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Internationale Komitee der Bergarbeiter, das am Freitag in London seine zweite Sitzung beendete, hat zur Frage der Unterstützung im Kampfe der kritischen Bergarbeiter durch eine internationale Aktion folgende bedeutsame Entschliessung gefaßt: „Im Hinblick auf die von verschiedenen Ländern erhaltenen Berichte über die Kohleneinfuhr nach Großbritannien beschließt das Internationale Komitee der Bergarbeiter, den gesamten internationalen Bergarbeiterorganisationen eine internationale Streikaktion zur Unterstützung der englischen Bergarbeiter zu unterbreiten. Das Komitee beschließt, daß eine weitere Komiteesitzung am 30. September stattfinden soll. Falls die vorgeschlagenen Verhandlungen für eine Beilegung des Kampfes scheitern sollten, wird das Komitee unmittelbar Gegenaktionen einleiten, zu welcher Grund der Berichte der angeschlossenen Verbände Vollmacht vorliegen wird.“

Die für den 30. September beschlossene Komiteesitzung soll in Dsten stattfinden. Außer dieser Frage lag dem Internationalen Komitee ein neues Aufnahmeforsch der russischen Bergarbeiter in die Bergarbeiter-Internationale vor. Hier-

zu wurde eine Entschliessung angenommen, welche die russischen Bergarbeiter an die Beantwortung der Fragen erinnert, die bereits anlässlich eines früheren Aufnahmeforsch an sie gerichtet worden sind. Die Russen sollen darin darauf Antwort geben, ob sie bereit sind, den Verleumdungsfeldzug gegen die an die Bergarbeiter-Internationale angeschlossenen Verbände einzustellen, und weiter darauf Antwort geben, ob sie bereit sind, die Rote Gewerkschaftsinternationale zu verlassen. Die Russen werden ferner darauf hingewiesen, daß die der Bergarbeiter-Internationale angeschlossenen Organisationen nicht zwei Internationalen angehören können. Ferner werden sie daran erinnert, daß eine selbstverständliche Voraussetzung für ihre Mitgliedschaft eine Anerkennung des Statuts der Bergarbeiter-Internationale darstellt.

Die Einigungsverhandlungen der Beamtenverbände.

(SPD.) Die offiziellen Einigungsverhandlungen zwischen dem Deutschen Beamtenbund und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund haben am gestrigen Tage begonnen. In verschiedenen grundsätzlichen Fragen konnte bereits in dieser ersten Besprechung eine Uebereinstimmung erzielt werden. Die Verhandlungen werden Anfang nächster Woche fortgesetzt werden.

Wie BS. meldet, ist insbesondere in der Frage des Bekenntnisses zur Republik eine Einigung erfolgt.

Unternehmerterror im Einzelhandel.

Konventionalltrafe dem, der die Gehälter nicht kürzt.

Die Einzelhandelsgemeinschaft hat Richtlinien aufgestellt, nach denen die Gehälter der kaufmännischen Angestellten und die Löhne der Handelshilfsarbeiter auf die Schiedspruchsfälle herabgedrückt werden sollen. Neben den großen Warenhäusern sind jedoch nur vereinzelte Kaufhäuser und Spezialgeschäfte (fast lediglich kleine Patisseries) diesen Richtlinien gefolgt, während der überwiegende Teil der Spezialgeschäfte und Kaufhäuser, wie auch einige Warenhäuser, der Lohnparade nicht gefolgt sind, sondern die alten Löhne und Gehälter, die ohnehin niedrig genug sind, weiterschleppen.

Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin E. B. Leipziger Straße 107, hat sich dabei nicht beruhigt, sondern seinen Mitgliedern, deren größter Teil der Abbauparole nicht gefolgt ist, unterm 8. September den folgenden Ufas zugeben lassen:

„In unserer getragenen außerordentlichen Mitgliederversammlung ist folgender Antrag einstimmig angenommen worden:

„Der Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin beschließt, daß die Gehaltssätze auf Basis der gefällten Schiedsprüche für kaufmännische Angestellte und Handelshilfsarbeiter gekürzt werden müssen. Leistungsulagen in üblichem Umfang werden durch diesen Beschluß nicht berührt.“

Wir machen noch höflichst darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß für unsere Verbandsmitglieder bindend ist, und daß bei einer etwaigen Nichtbefolgung der Vorstand berechtigt ist, Konventionalltrafen zu verhängen.

Soweit nicht schon entsprechend nach obigem Beschluß gehandelt wurde, bitten wir, vor Ergreifung neuer Maßnahmen in der Geschäftsstelle anzufragen.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband im Einzelhandel Groß-Berlin E. B.

Der Vorsitzende: Der Geschäftsführer:

Heinrich Grünfeld. Dr. E. Heim.

Was soll der Zweck dieses Rundschreibens sein? Sollen Sie auf den Weg der Leistungszulagen verwiesen und ihnen so unnütze Schreibereien auferlegt werden, oder will man ihnen die Ruffisse der Konventionalltrafe zur gefälligen Benutzung liefern, um sie zu verfeilen, ihre Unständigkeit dahinter verstecken und unter Berufung auf die angeordneten Konventionalltrafen Gehaltssparnisse machen zu können? Wenn die Herren vom Arbeitgeberverband aber glauben, die Arbeiter und Angestellten des Einzelhandels oder gar die grundsätzlich vertragstreuen Arbeitnehmerverbände

durch den Hinweis auf diese vertragliche Bindung der Unternehmer davon abzuhalten, sich mit allen gewerkschaftlichen Mitteln für anständige Löhne und Gehälter einzusetzen, dann befinden sie sich im Irrtum.

Die Lohn- und Gehaltsbewegung im Einzelhandel ist damit keineswegs beendet. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer wissen, was sie ihrer vertraglichen (d. h. gewerkschaftlichen) Bindung schuldig sind. Denjenigen Arbeitern und Angestellten aber, die auch heute noch abseits der gewerkschaftlichen Kampffront stehen, wird die Rot des Tages lehren, was sie zu tun haben.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm.

Was ist mit den Straßenbauarbeiten?

Das Straßenbauprogramm, das nicht, wie irrtümlich in der Presse behauptet worden ist, eine Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms darstellt, sondern nur im Rahmen dieses Programms als eine Art Reserve für den Winter gedacht ist, besteht, wie wir erfahren, nur in der Zinsverbilligung für die zum Zweck des Straßenbaues von den Ländern und Provinzialverbänden geliehenen Gelder. Die Zinsverbilligung gilt nur für die Ergänzung der normalen, in den einzelnen Etats bereits vorgesehenen Straßenbauarbeiten. Von diesen ist schon bisher ein Teil mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge finanziert worden; die Straßenbauten machen etwa 40 Proz. der Reichsanlagen aus.

Bei der ungeheuren Verwahrlosung unseres Straßennetzes seit der Kriegszeit wären für eine gründliche Reparatur Milliarden notwendig. Mit bloßer Zinsverbilligung kann also nicht viel geholfen werden. Durchgreifende Verbesserungen und Neubauten sind im Straßenbau notwendig; die schlechten Straßen werden bei dem gesteigerten Autoverkehr ebenso zu einer Gefahr für die Sicherheit des reisenden Publikums wie die Vernachlässigung des Oberbaus bei der Reichsbahn. Der bedauerlich starke Rückgang der Reichsanlagen während der letzten Zeit sollte für die Regierungen im Reich wie in den Ländern ein Ansporn sein, eine Erweiterung des Arbeitsbeschaffungsprogramms auch durch Vermehrung der Straßenbauarbeiten vorzunehmen.

Für sozialen Fortschritt.

Vom 22. bis 24. September tagt in Montreux die Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für sozialen Fortschritt. Die umfangreiche Tagesordnung umfaßt folgende Gegenstände: Rechtslage der Angestellten, Entwurf einer Internationalen Konvention für Unfallversicherung, Kreditinsolvenz zur Vermeidung von Wirtschaftskrisen, planmäßige Verteilung der öffentlichen Arbeiten, Beschaffung der Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Wahrung der erworbenen Rentenansprüche bei dem Uebergang von Sozialversicherungen oder deren Hinterbliebenen in ein anderes Land, vergleichende Uebersicht über die Sozialkassen in den einzelnen Ländern und Rechtslage der ausländischen Arbeiter.

Vom ADBA nehmen die Genossen Spieß und Umbreit an der Konferenz der Internationalen Vereinigung teil. Diese ist bekanntlich die Spitzenorganisation für die drei internationalen Vereinigungen für Sozialversicherung, Arbeiterdoh und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Abstimmung der englischen Grubenbesitzer.

London, 10. September. (Ill.) Heute stimmten die englischen Grubenbesitzer in ihren Bezirken über das Vermittlungsangebot Churchills zur Wiederaufnahme der Bergbauverhandlungen ab. Am Montag nachmittag wird die Entscheidung der Bezirksversammlungen vom Zentralausschuß des Bergbauverbandes in London geprüft und der Regierung weitergeleitet werden.

Deutscher Vermeisterverband. Den Funktionären zur Nachricht, daß die Teilnehmerlisten für die Bezeichnung in Leipzig am 19. September in der Geschäftsstelle Aurländerstr. 111 in Empfang genommen werden können. Die Karte kostet 50 Pf. und wird nur gegen sofortige Bezahlung abgegeben. Die Geschäftsstelle des Bezirks 1. Rotbe.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Curt Geiger; Wirtschaft: Arno Saltranz; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freiwirtschaft: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Fritz Karst; Anzeigen: H. Glode; sämtlich in Berlin. Berlin: Bornhörs-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornhörs-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage und „Hinterhaltung und Wissen“.

TIEFZ Billige Lebensmittel

Wurstwaren Hausmacher-Sülzbraten 35 Pf. Landleberwurst Pfund 95 Pf. Speckwurst Pfund 1,00 Sülzwurst Pfund 85 Pf. Hausmacher-Rotw. Pfund 1,00 Bauernmettwurst Pfund 95 Pf. Mettw. nach Bransch. in Pf. 1,35 Heisl. Terrelat u. Solami Pf. 1,80		Obst Griessbirnen Pfund 6 Pf. Rosenbirnen Pfund 6 Pf. Kongressbirnen Pfund 12 Pf. Rambourpfeffel Pfund 12 Pf. Gravensteiner Pfund 12 Pf. Blaue Pflaumen Pfund 10 Pf. Blaue Kurtrauben Pfund 24 Pf. Weid. Tomaten Pfund 8 Pf. Pflaumenkonfi 90 Pf. türe Liter, ca. 2 Pf. Orangekonfitüre 1,00 Liter, ca. 2 Pfund		Nur heute Sonnabend Mengenabgabe vorbehalten Verkauf soweit Vorrat		Käse u. Fette Harzerkäse Pfund 40 Pf. Allg. Stangenkäse Pf. 68 Pf. Holländer Pfund 78 Pf. Edamer Pfund 78 Pf. Tilsiter vollfett, Pfund 98 Pf. Marg. Schweizer Pfund 1,25 Margarine Pfund 55 Pf. Dän. Butter 1/2 Pf. -Stück 98 Pf.	
Kolonialwaren Weiße Bohnen Pfund 14 Pf. Linsen Pfund 18 Pf. Tafelreis Pfund 24 Pf. Auszugmehl Pfund 26 Pf. Weizengriess Pfund 27 Pf. Makkaroni Pfund 45 Pf. Gebr. Gerste Pfund 19 Pf. Kafoa-Ers.-Misch. 10 Pf. Pf. 65 Pf.		Frisches Fleisch Starkes Rückenfell Pfund 1,00 Starke Linsen Pfund 1,00 Eisbein gepökelt, mit Spitzballe, Pf. 70 Pf. Rinderkamm Pfund 75 Pf. Fehrlippe u. Brust Pfund 85 Pf. Hammeiff. (Dicke Rippe) Pf. 86 Pf. Pa. Schmorfleisch a. Ka. Pf. 1,20 Pa. Rouladen Pfund 1,30 Schweinebauch Pfund 1,05 Schulterbl. 1 ¹⁰ Pf. 1,35		Gemüse Rotkohl, Weisskohl, 3 Wirsingkohl Pfund Pf. Grüne Bohnen Pfund 6 Pf. Möhren Pfund 6 Pf. Senfgurken Pfund von 10 Pf. Schlangengurken v. 10 Pf. Zwiebeln Pfund 6 Pf. Neue Kartoffeln 10 Pf. 30 Pf.			
Frisch gebr. Kaffee aus eig. Röst. 2,40 Pfund von 2 an		Gefrierfleisch Pa. Ochsenuppenfl. Pf. 58 Pf. Pa. Ochsenfleisch ohne Knochen, Pf. 90 Pf. Gehacktes Pfund 76 Pf. Pa. Ochsenbacken a. K. Pf. 52 Pf. Schweineköpfe n. Saack, Pf. 46 Pf.		Schollen Pfund 8 Pf.			
Junge Gänse frisch geschlachtet, Pfund von 85 Pf. an		Tauben Stück 75 Pf.		Junge Brathühner Pf. 1,35 von 1 an Junge Enten Pfund 1,30			

Beginn: **Großer Herbst-Verkauf** Beginn: Montag, den 13. Sept. Montag, den 13. Sept.

Vom Montag, den 13., bis Freitag, den 17., und Montag, den 20. September, vorm. 11 Uhr und nachmittags 4 Uhr, Leipziger Strasse, I. Stock, und Alexanderplatz, II. Stock, zeigen wir

MODEN-VORFÜHRUNGEN

in Damen-, Herren- und Sport-Bekleidung

Karten, soweit Vorrat, für die Vorführungen werden an den Kassen der Damen-Konfektion für sämtliche Tage im voraus kostenlos verabfolgt

Unsere Modellhut-Ausstellungen sind eröffnet

Was bringt die Funkausstellung?

Die alljährlich im Herbst stattfindende große Funkausstellung in Witleben hat schon einen festen Platz im Jahresprogramm der Berliner Bevölkerung gewonnen. Kein Wunder bei der Popularität des Radios, namentlich in Berlin, leben doch von den 1 1/2 Millionen Hörern der deutschen Rundfunkgemeinde nahezu die Hälfte in Berlin.

Selbstgebautes Gerät.

Daß auch die werktätige Bevölkerung lebhaft daran teilnimmt, zeigen die Ausstellungen des funkttechnischen Verbandes sowie der Arbeiter-Radio-Klubs. Hier sind durchweg selbstgebaute Geräte ausgestellt, vom einfachsten Detektor-Empfänger bis zum empfindlichsten 8-Röhren-Super-Heterodyngerät. Und man kann nur mit Freude feststellen, daß zahlreiche Aussteller Arbeiter sind, und daß sie oft die besten Sachen geliefert haben. Manche werden es als natürlich betrachten, daß auf diesem Felde die Arbeiter Gutes leisten, weil ihnen handwerkliche Geschicklichkeit von Natur- und Berufswegen eigen ist. Aber das wäre ein Irrtum, denn auch solche Berufe, die fern von Drehbank und Schraubstock leben, haben sich mit Erfolg betätigt. Einer der bemerkenswertesten Fernempfänger war z. B. von einem Palet ausgeht, dessen Beruf ihn doch ganz gewiß nicht lehrt, mit Feile, Bohrmaschine und Lötlöten umzugehen. Noch verschiedene andere gleichartige Berufe waren mit Glück vertreten. Außerdem waren mehrfach Rechner ausgestellt wie Wellenmesser, Kapazitätsmeßbrücken und anderes, deren Anfertigung nicht nur handwerkliches Geschick, sondern auch eine nicht ganz leichte Berechnung voraussetzt, eine Aufgabe, die offenbar mit Erfolg gelöst worden ist. Man kann daran erkennen, welche wertvolle Aufgabe dem Radio gestellt ist. Der an sich rein sportliche Beistritt, ob Hansens oder Frignys selbstgebaute Empfänger am meisten entfernte Stationen heranzieht, wird zum Ausgangspunkt reger geistiger Entwicklung, die den daran Beteiligten sicherlich großen Nutzen bringt. In Amerika, dem Ursprungslande des Radios, haben wir es gesehen, wie Amateure der Entwicklung der Wissenschaft große Dienste geleistet haben, daß es auch in Deutschland so kommen möge, wird jeder wünschen.

Fertiges Gerät.

Was die diesjährige große Funkausstellung auszeichnete, war vor allem die Tatsache, daß auf die Bedürfnisse des Bastlers in weitestem Maße Rücksicht genommen worden ist. Von den fertigen Geräten zu sprechen lohnt kaum, soweit sie gut sind, sind sie für die werktätige Bevölkerung, namentlich in einer Zeit großer Arbeitslosigkeit, zu teuer, soweit sie billig sind, ist ihre Leistung gegen frühere Zeiten kaum gesteigert. Immerhin steht man zumeilen Geräten, die bei sehr mäßigem Preise doch Gutes leisten und unter besseren Empfangsverhältnissen, als sie in Berlin herrschen, wohl auch einen Fernempfang, wenigstens mit Kopfhörer gewähren. Ein Zweiröhrenempfänger mit einer Niederfrequenzverstärkerstufe kann schon in Berliner Vororten recht wohl guten Fernempfang geben, und ein solches Gerät ist in vorzüglicher Ausführung schon für 50 M. zu haben. Natürlich ist das noch sehr viel Geld, dann muß man eben seine Geschicklichkeit anspannen und sich so etwas selber bauen, die Schwierigkeiten sind nicht zu groß. Geht man zu 3-Röhren-Geräten über, die unter guten Empfangsverhältnissen schon Lautsprecherempfang auswärtiger Sender liefern, so muß man freilich gleich sehr viel mehr Geld anlegen, der Sprung ist gerade hier sehr groß.

Lautsprecher.

Für den Lautsprecher werden sich heute wohl viel mehr Funkfreunde entscheiden als noch vor einem Jahre. Es ist nicht zu verkennen, daß sie erheblich verbessert worden sind. Es hat sich eben ergeben, daß alle Kunststoffe mit Vermeidung des gefährlichen Treibers nichts Wesentliches bringen, daß das, worauf es einzig und allein ankommt, sauberste Werkstattarbeit und gute elektrische Bemessung des Telefons ist. Dieser Weg ist zuerst von den Deutschen Telefonwerken betreten worden, die durch ihre Erfahrungen auf dem Gebiet der Herstellung von Telefonen dazu besonders befähigt waren, die anderen Firmen sind ihnen gefolgt. Nicht nur, daß man jetzt viel weniger treibstofflose Lautsprecher sieht als früher, hat dieses Jahr eine Firma sogar einen Lautsprecher mit Trompetenhorn ausgestellt, in der gar nicht

üblichen Ueberlegung, daß das, was bei Musikinstrumenten gut ist, bei Radiomusik wahrscheinlich auch nicht schlecht ist. Erfolgreicherweise sind sie auch billiger geworden, für 25 bis 30 M. ist schon ein ganz guter Lautsprecher zu haben. Bei der Stärke der heutigen Sender kann ein guter Detektor-Empfänger in der Nähe des Senders mit einem empfindlichen Lautsprecher recht wohl Empfang geben, was für viele Besitzer von Detektorgeräten — natürlich von guten, wohlgeachtet — Veranlassung geben wird, sich die Lautsprecherfrage ernstlich zu überlegen. Neben diesen Dingen sieht man

Einzelteile zum Selbstbau.

von Empfängern, Wellenmessern usw. in ungeheurer Zahl. Vergleichlich mit dem Vorjahre fällt vor allem die Zunahme der Qualitätsarbeit auf. Welcher Bastler kennt nicht das Leiden mit den ewig schleifenden Kondensatoren, den durchgeschlagenen Transformatoren und den anderen, oft verlagenden Einzelteilen? Heute sieht es doch etwas anders aus, die Münchener Fabrik von Jörg, die mit dem Bau von Präzisionskondensatoren Schule gemacht hat, ist nur noch eine in zahlreicher Gesellschaft, ebenso steht es mit den Transformatoren. Leider sind die guten Kondensatoren noch viel zu teuer, Preis etwa 12 bis 15 M. Die Transformatoren sind im Vergleich viel billiger. Die nächste Aufgabe der deutschen Funkindustrie wird es daher sein, gute Ware zu erschwinglichen Preisen zu liefern. Auf Wiedersehen im nächsten Jahre!

Dipl.-Ing. Dr. H.

Große Havelfahrt.

Diesmal sollte die Fahrt etwas weiter hinausgehen, als im allgemeinen die großstädtischen „Dampfer mit Musik“ die Berliner bringen. Im Gegensatz zu der üblichen Fortbewegung auf dem Wasser konnten wir selbständiger auftreten. Ein Freund stellte ein Motorboot zur Verfügung und lud uns und unsere Sachen ein. Die Sache mit der Wettervorhersage klappte (ausnahmsweise!) — bald hatten wir Spandau hinter uns. Schwänenmerder, die Pfaueninsel, die Glienicke Brücke zogen an uns vorüber, alles bekanntes Gebiet, zu Wasser und zu Lande. Unser Führer steuerte die Krampnitz an. War bisher noch einiger Betrieb auf dem Wasser, so empfing uns hier die Stille, die die Kerzen zur Erholung brauchen. Das hatten aber auch schon einige andere Wasserfahrer ausfindig gemacht, deren Boote weitgehende Rückschlüsse auf die Größe ihres Geldbeutels zutreffen. Unser uns so nobel dünkendes Motorboot sank im Vergleich mit diesen Luxusjachten zum Armeutekahn herab, wobei wir uns aber mit dem Gedanken trösteten, daß sie schließlich trotz allem Prozentum hier draußen auch keine bessere Luft kriegt als wir. Eine herrliche Nacht im Boot unter herrlichem Sternenhimmel, dann Morgentoilette im See und Morgentafel unter Buchen und Erlen — unser „Köppen“ drängte zur Weiterfahrt. Von Potsdam sahen wir bei der Freundschafstafel den alten Teil, der nicht nach Perückenpulver und Utensilien räch. Alte, ehrwürdige Häuschen, das Eigentum alteingesessener Fischerfamilien, grüßten zu uns herunter; vorwärts ging's weiter der mittäglichen Raft am Lustschiffhafen zu. Bei Caputh kam der düstere Schmielensee in Sicht; wir hielten auf Baumgartenbrück zu. Der tägliche Werderische Obstschleppzug zeigte uns die Nähe der märkischen Obstammer. Wir verzichteten auf „Bismard“ und „Friedrichshöhe“, haben das freundliche Städtchen nur vom Wasser her und fanden bald in Alt-Löplitz bei freundlichen Wirtsleuten ein weiches Nachtlager im Heu. Am nächsten Tage führte uns das Gemirr der Havelströmungen durch havelländisches Luchland. Wasservögel aller Art stöberte unser Boot auf, die schwarzen, spitzköpfigen Taucher senkten den schlanken Leib in die Fluten, Raben verfolgten uns lange Zeit, frischer Heubrust und Grassmähd würzten die Luft. Große Feder heu kamen auf zusammengeklappelten Kahnjahren angefahren, Angler übten ihren nervenstärkenden Sport im Schiff, hier und da begegnet uns ein Schleppzug. Das alte, treuherzige Fischerstädtchen Rehin bleibt rechts liegen; noch einmal er-

weitert sich der Fluß zum Trebessee — dann nehmen uns spreemald-ähnliche Wasserarme auf und führen uns in ungezählten Bogen nach Brandenburg an der Havel. In rascher Fahrt treibt uns Motor und Strömung im Sifokanal zum Landhaus der Sozialistischen Arbeiterjugend am Quenzsee, wo uns spät abends Quartier und Kost für einige Rasttage geboten wird.

Weitere Geständnisse des Raubmörders Böttcher.

Zwei Ueberfälle bei Wuhlgarten.

Die Schandtat, die dem verhafteten Raubmörder Böttcher zur Last fallen, werden immer zahlreicher. Man fand bei ihm u. a. auch eine kleine Armbanduhr mit einem Ripsband. Es ergab sich, daß diese sich in einer Handtasche befunden hatte, die am 30. Mai abends um 10 Uhr einer Pflegerin der Anstalt Wuhlgarten auf dem Wege vom Bahnhof Biesdorf nach der Anstalt geraubt worden war. Der Wegelagerer hatte außer der Uhr auch noch ein Portomonnaie mit 35 Mark erbeutet. Dieses Portomonnaie, das Böttcher leer bei sich behalten hatte, und die Uhr, wurden von der Pflegerin als ihr Eigentum wiedererkannt. Der Verbrecher gab daraufhin auch diesen Ueberfall zu. — Am dritten Juni lehrte die 18jährige Tochter eines Angestellten der Anstalt Wuhlgarten mit einem Spitzhute aus Berlin zurück. Da sie Angst hatte, allein zu gehen, bat sie einen Schupo-Beamten, der mit seinem Hunde am Bahnhof stand, um Schutz. Der Beamte ging mit dem Hunde in einiger Entfernung hinter dem Mädchen her. Raum hatte es, etwa 100 Meter weit an einem Roggenfeld entlanggehend, den mit dichtem Gebüsch besetzten Jaun der Anstalt erreicht, als aus diesem Buschwerk heraus ein Mann sprang und das junge Mädchen am Halbe würgte. Der Schupo-Beamte eilte zu Hilfe und machte auch seinen Hund los. Dieser stürzte sich auch auf den Wegelagerer, der jedoch trotzdem in das Kornfeld hinein entfloß und entkam. Der Hund ließ ihm nach, lehrte aber nicht zu seinem Führer zurück. Böttcher will sich dieser Vorgänge bei seinen vielen Ueberfällen nicht mehr erinnern, gibt aber zu, daß er wohl der Täter gewesen sein werde.

Die neue Vergnügungssteuer.

Auf Grund neuer Reichsratsbestimmungen sind die Gemeinden gehalten, ihre Vergnügungssteuern einer radikalen Revision zu unterziehen. Auch die Stadt Berlin hat deshalb eine neue Ordnung ausgearbeitet, die am 1. Oktober in Kraft treten soll. Der Berliner Magistrat hat keine Vorzüge in allen Einzelheiten an die Bestimmungen des Reichsrats angelehnt und mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt die Höchstätze vorgeschlagen. Dem hat sich gestern der Steuerauschuß der Stadtverordnetenversammlung nach längerer Debatte angegeschlossen. Gegenüber dem bestehenden Zustand bedeutet die neue Steuerordnung für die Sprechtheater eine Ermäßigung von 10 auf 8 Proz., für die Lichtspieltheater von 15, 12% und 10 Proz., je nach der Art des betreffenden Films festgelegt. Es ist kein Zweifel, daß die Stadtverordnetenversammlung in ihrer nächsten Sitzung diesem Beschluß des Steueraususses beitreten wird.

Wieder ein Sittlichkeitsverbrechen!

Unter der schweren Beschuldigung, sich an einem dreizehnjährigen Mädchen vergangen zu haben, ist in Lichtenberg ein Fuhrwerksbesitzer festgenommen worden. Das Mädchen, das bei den Eltern in der Kreuzberggegend wohnt, hatte zu der in der äußeren Luisenstadt wohnenden Großmutter gehen wollen und war von dort nicht wieder heimgekehrt. Auf die bei der Polizei gemachten Vermisstenanzeige erhielt der Vater am nächsten Abend die Meldung, daß er sein Kind von einem Polizeibureau in der Franzfurter Allee abholen könne. Dort erfuhr der Vater von dem Mädchen, daß es den Kummelplatz an der Köpenicker Brücke besucht hatte und von einem fremden Manne auf seinem Fahrrad mitgenommen worden war. Der Mann habe dann, erzählte die Kleine, sie in einem Stall mißbraucht und sie bis zum nächsten Abend eingesperrt gehalten. Auf Grund der Angaben des Kindes gelang es dem Vater, zwei Tage später nach vielen Bemühungen das Haus zu finden, in das es verschleppt worden war. Mit Hilfe von Polizeibeamten wurde der Beschuldigte dann auf der Straße ermittelt und in Haft genommen. Ueber das Ergebnis der ersten Vernehmung liegt noch keine amtliche Mitteilung vor.

34]

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rude-Brozja.

Ich wende mich also an ein Vermittlungsbureau. Bei meinem Eintritt sehen der Mann und die Frau einander an, fagen unfreundlich zu mir:

„Wollen Sie zu Leuten gehen, die erwachsene Söhne im Alter von 20 bis 22 Jahren haben und ein hübsches Dienstmädchen wünschen?“

Ich lehne ab, da werden sie noch unfreundlicher und in heftigem Tone fagen sie:

„Sie sind schwer unterzubringen, wenn Sie sich zu keinem Scherz hergeben wollen.“

Sie sind ein zu hübsches Mädchen, das ist genau so ein Fehler, wie wenn Sie zu häßlich, einäugig oder bucklig wären. Es darf keinerlei Uebermaß sein. Sie müssen begreifen, daß kluge Leute um keinen Preis ein Mädchen mögen, das zuviel physischen Reiz hat.“

Suletta nickte mit dem Kopf:

„Ja,“ ich habe einmal eine Dame gehört, die beim Anblick einer sehr hübschen Meisterin wie vor der Pest ausschrie: „Das will ich nicht, will ich nicht, ich habe keine Lust alle Hofen den Quartiers in mein Haus zu locken!“

„In der Tat“, ergriff die Gefährtin wieder das Wort, „war ich nach Ablauf meiner acht Tage ohne Stellung, sah mich also gezwungen, mit dem Koffer ins Hotel zu ziehen. Ungebeten nennt mir der Vermittler eins in der Nachbarschaft als billigstes. Ich gehe hin und entscheide mich für eine Kammer: Tag und Nacht 20 Sous. Ich ahnte noch nichts von dem Handel solcher Hotels, aber man mußte durch ein Zimmer mit Weinbrand gehen; Eigentümer wie Gäste hatten nichts Vertrauensweckendes, dazu wechselten sie miteinander verstoßene Blicke. Kurz, gleich am ersten Abend sah ich, trotzdem ich doppelt verschlossen hatte, den Gedanken, mit Koffer und Hautteil die Tür zu verbarrikadieren. Ich habe ruhig geschlafen. Den zweiten Abend, ich komme totmüde nach Hause — den ganzen Tag war ich herumgelaufen, etwa ein Duzend Adressen aufzusuchen —, verstellte noch meine Tür und lege mich sofort nieder, löschte die Kerze, und fast im selben Augenblick schlägt draußen eine Wanduhr. Ich hatte vergessen, nach der Zeit zu sehen und ob meine Uhr richtig ging; da sie auf dem Nachtsch beim Licht lag, zünde

ich ein Streichholz an, um auf sie zu schauen, werfe dann das Hölzchen weg. Ich glaube es ausgeblasen zu haben, aber es fällt, ohne vertofchen zu sein, auf den Teppich. Jetzt beuge ich mich ganz über den Beitrag, es zu fassen — und im selben Moment, in der Stille, in dem von einem Lichtschein durchzudten Dunkel, erblicke ich eine große Hand, die darauf sich legt.“

Eine Pause des Entsetzens. Suletta riß vor Schreck den Mund auf und prüfte instinktiv den ihr fremden Ort.

Die andere fuhr fort: „Wie man einen solchen Schreck nur überleben kann! Ich wollte schreien, unmöglich! Aufspringen, unmöglich! Mich überkam es wie ein Schwindel, alles Blut wich aus meinem Kopfe, ich fiel in Ohnmacht.“

Sie schwieg abermals.

„Als ich wieder zu mir kam, war es Tag. Ich glaubte zuerst an einen wüsten Traum. Nein, ich war gebraucht worden... ich hatte einen üblen Arzneigeschmack auf der Zunge. Da packte mich Furcht, Verzweiflung und Scham! Aber besonders die Furcht, die Furcht! Ich zog mich an und bin wie eine Wahnsinnige auf die Straße gerannt, hatte nur einen Gedanken: fliehen. Bin lange Zeit gelaufen, dann habe ich mich auf eine Bank gesetzt, in einer Allee, wo wenig Leute vorbeigingen; da sind mir die Tränen gekommen. Was tun? Was fagen? An wen mich wenden, bei wem mich beklagen? Wie beweisen, was nützt es? Da begreift man erst, wie wenig ein Dienstmädchen in Paris gilt, wie das bewertet wird, was es erzählt! Und diese Einsamkeit, Unkenntnis, dieses: „Nichts hilft dir!“

„Ja“, fagte Suletta, nachdenklich mit dem Kopf nickend, „es gibt Fälle, da kommt es einem vor, als wäre man in einem fremden Lande, dessen Sprache man nicht versteht, so wird man sogar am Sprechen gehindert... Und mit solcher Sicherheit zu wissen, daß zu unseren Gunsten gar nichts existiert!“

Die Gefährtin stand auf und begann sich auszuziehen, dabei ununterbrochen weiterredend:

„Trotzdem glaube ich, daß es mehr gute Menschen als schlechte gibt — man muß nur das Glück haben, auf gute zu stoßen. Hören Sie weiter: eine verschleierte Dame mit ganz gelber Gesichtsfarbe hat sich auf meine Bank gesetzt und mich gefragt, warum ich weine. Ich erzählte ihr das Verbrechen — nicht wahr, einer Frau, das war doch möglich? Ich hoffte, sie würde mich vielleicht mitnehmen, mich irgendwo unterbringen. Aber Staunen und Schrecken ergriff sie, und ich glaube auch Abscheu... es mochte wohl ein altes Fräulein

sein... hastig, hastig durchwühlte sie mit zitternden Händen einen Hundertfrankenschein, rief, ohne auf Wiedersehen oder sonstwas zu fagen, einen Kutscher an und eilte davon.“

Suletta richtete sich plötzlich auf dem Kissen empor, da sie im Winkel der Kammer etwas wie ein Geräusch von Mäusen vernahm.

Die Gefährtin zuckte die Achseln:

„Sie haben den Schieber gehört! Es ist einer da, der uns beobachtet... Ach! Wenn Sie die Wände noch so genau prüfen, Sie werden die Stelle nicht finden... Diese Vorhänge, Gemälde und die mit Stoffen drapierten Spiegel sind eigens dazu da... das muß man ertragen oder eben drei Franken die Nacht bezahlen.“

Sie legte ihr Korsett weg — Busen, Arme zeigten die vollendeten runden Formen einer Marmorstatue. Ihre Stimme nahm gleichgültigen Klang an:

„Ich hatte noch Glück in meinem Unglück: Folgen blieben aus, keine Krankheit, kein Kind. Allein, statt in meine Heimat zurückzukehren und mich zu verheiraten, bin ich in Paris geblieben.“

Suletta fragte:

„Aber gleich nach Ihrem Unglück, was fingen Sie da an?“

„Ich habe durch einen Dienstmann meinen Koffer holen lassen; ich kam aus Batignolles und sah mich jetzt hinter dem Luxembourg. Ich fand in diesem Quartier andere Vermittlungsbureaus und andere Hotels. Die Schwierigkeit, mich zu placieren, blieb auch in diesem Teil von Paris die gleiche, trotzdem er so unterschiedlich von dem andern erschien. Endlich stellte man mich eines Morgens, als ich allein im Sprechzimmer des Bureaus war, einer noch jungen Dame mit feinen, regelmäßigen aber nicht belebten Zügen vor. Sie hatte schöne blaue Augen, von einem Zauber, wie ich ihn ähnlich nie gesehen.“

„Ich gefiel ihr, und man fühlte, daß sie wünschte, mich wie ein Geschmeide, ein Juwel zu besitzen, sie betrachtete mich ganz selig und sagte: „Ach das schöne Geschöpf!“ Dann fragte sie, ob sie mich allein sprechen könnte und nahm mich freundlich bei der Hand. „Ich wäre sehr glücklich, würde Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie kämen... ich will Ihnen nur im voraus fagen, daß mein Mann ganz frei ist... ganz frei... ich möchte mich einer Operation unterziehen... nun sieht sich mein Mann gezwungen... da er sehr zärtlicher Natur... Oh! Aber er ist dreißig Jahre, Beamter, groß, brünett, vornehm.“

(Fortsetzung folgt.)

Nachwahlen zu den Elternbeiräten.

Merkwürdige Entscheidungen des Provinzial-Schulkollegiums.

Wie erinnerlich, hat es bei den diesjährigen Elternbeiratswahlen zahlreiche Wahlproteste gegeben, infolge des rigorosen Vorgehens christlich-unpolitischen Wahlvorstände, die völlig ungerechtfertigt die Listen „Schulaufbau“ und „Kind in Not“ für ungültig erklärten und so ihrer christlich-unpolitischen Liste zu einem „großen“ Siege verhelfen. Den Behörden wie den Eltern sind dadurch nur unnötig Arbeit, Schereieren und Kosten erwachsen; denn jetzt müssen die Wahlen an den betreffenden Schulen noch einmal wiederholt werden. Das Provinzial-Schulkollegium hat mittlerweile die Entscheidungen über die Wahlproteste gefällt und neu wählen angeordnet, die für die nächsten Sonntage, den 12., den 19. und den 26. September, festgesetzt sind. Die fortschrittlichen Eltern werden da Gelegenheit haben, bei den Nachwahlen den „Christlich-Unpolitischen“ die Antwort auf ihr Vorgehen zu geben durch Wahl der Liste „Schulaufbau“.

Unsere Genossen haben natürlich nur da Wahlprotest erhoben, wo gegen die Liste „Schulaufbau“ offensichtlich Unrecht geübt wurde. Da, wo sie Fehler und Versehen in der Aufstellung der Listen begangen haben, z. B. Fehlen auch nur einer vorchriftsmäßigen Unterschrift u. a., haben sie selbstverständlich keinen Protest eingeleitet, da ja formell in solchen Fällen durchaus eine Ungültigkeitserklärung der Listen berechtigt war. Nun werden aber Entscheidungen des P.S.K. bekannt zugunsten der Christlich-Unpolitischen, die die ganzen Wahlvorbereitungsformalen recht fragwürdig erscheinen lassen. Auf Grund dieser Entscheidungen hätten auch unsere Genossen in jedem Falle von Listenzurückweisungen Einspruch erheben können. Es seien 2 Fälle unter mehreren angeführt. An der 159. Gemeindegemeinschaft reichen die „Christlich-Unpolitischen“ am letzten Tage eine Liste ein, auf der jede Unterschrift und Kennzeichnung fehlt und die nur eine offenbar in aller Eile von einer Person zusammengestellte Aufzählung der Namen und Adressen von Kandidaten enthält, auch diese noch z. T. unrichtig. Der Wahlvorstand — auch die christlich-unpolitischen Wahlvorstandsmitglieder — erklärt einstimmig die Liste selbstverständlich für ungültig. Nachträglich wird Wahlprotest erhoben und das P.S.K. entscheidet zugunsten der Christlich-Unpolitischen, obwohl die obigen Tatsachen nicht zu widerlegen sind. — An der 310. Gemeindegemeinschaft bekommt der Wahlvorstand, ein in parlamentarischen Gebräuchen wohlvertrauter Genosse, die „christlich-unpolitische“ Liste überhaupt erst am Wahltage zu Gesicht. Jemandem hat sie in der Schule nach Schluß des Einreichungstermins zum Aussehen gebracht, wovon der Wahlvorstand auch nichts weiß. Das P.S.K. schließt aus dieser Tatsache des Aussehens, daß die Zurückweisung jedenfalls nicht folgerichtig durchgeführt worden sei und daß es „den Anschein hatte, daß die Liste gültig wäre“. Es gibt dem Wahlprotest statt und ordnet Neuwahlen an. Wenn diese ungewöhnlichen Begründungen Brauch werden, dann ist die Beachtung der Wahlordnung scheinbar überflüssig. Unsere Genossen sind jedenfalls nicht gewillt, sich mit diesen Entscheidungen, die zu einer Begünstigung der Christlich-Unpolitischen führen müß, zufrieden zu geben.

Gestrauchelt.

Um Amt und Ehre gekommen.

Ein Verstoß gegen seine Beamtenpflichten führte gestern den Strafanstalts-Hilfswachmeister K. vor das Große Schöffengericht Berlin-Mitte. Sein Vergehen kam durch Zufall zur Kenntnis der vorgesetzten Behörde.

Im Eifer der Verteidigung hatte eine weibliche, in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte, die zusammen mit ihrem Bräutigam wegen Diebstahls auf der Anklagebank saß, etwas zuviel gesagt. Sie gab an, daß sie vorher in der Zelle ihres Bräutigam gebeten habe, alle Schuld auf sich zu nehmen, dann käme er frei und würde sie heiraten. Als der Vorsitzende sie ungläubig fragte, wie sie denn als Untersuchungsgefängnis mit ihrem Bräutigam in der Vorführungszelle habe sprechen können, bemerkte sie erklärend, daß sie dort mit ihrem Bräutigam zusammen von dem vorführenden Wachtmeister eingesperrt worden sei. Der sofort herbeigeholte Wachtmeister stellte dies ganz entschieden in Abrede, und nun rühte die Angeklagte, ärgerlich darüber, daß sie als Sügnnerin hingestellt wurde, und zum Beweise dafür, daß sie die Wahrheit sage, mit einer schweren Beschuldigung heraus. Wie sie angab, hatte der Wachtmeister unsittliche Handlungen bei ihr vorgenommen. Auch diese Beschuldigung wurde von dem Wachtmeister bestritten, jedoch wurde er trotzdem unter Anklage gestellt. Nach vor Gericht hielt er keine Behauptung aufrecht. Der Staatsanwalt hielt ihn aber durch die Beweisaufnahme für überführt und beantragte ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht war der gleichen Ansicht, belieh es aber, mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte allem Anschein nach einer pflüchlichen Verführung erlegen sei, bei einem Jahr Gefängnis.

Schwerer Straßenbahnzusammenstoß in Lichtenberg.

Ein folgenschwerer Straßenbahnzusammenstoß ereignete sich Freitag vormittag gegen 12 Uhr an der Ecke Prinz-Albert-Straße und Stadthaus in der Nähe des Augustaviktoria-Platzes zu Lichtenberg. Ein Wagen des Straßenbahnzuges 113 entgleiste in der Weiche und fuhr einem aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnzug der gleichen Linie in die Flanke. Durch den starken Zusammenstoß gingen die Scheiben in Trümmer. Mehrere Personen wurden durch herumfliegenden Glassplitter verletzt oder zogen sich Quetschungen zu. Eine Frau erlitt einen Reppenschuß. Beide Wagen mußten aus dem Betrieb gezogen werden. Es entstand eine längere Verkehrsstörung. Die Schuldfrage ist bisher noch nicht geklärt.

Ein weiterer schwerer Zusammenstoß zwischen einem Personentransportwagen und einem Motorradfahrer trat gestern abend gegen 8 Uhr in Schöneberg zu. Der Motorradfahrer Erich Duderstadt aus der Fiedrichstraße 26 befand sich mit seinem Beifahrer Hans Hoffmann aus der Blumenfeldstraße 13 zu Tempelhof, der auf dem Soziusplatz saß, auf dem Heimweg. Vor dem Haus Bodensche Straße 2 wurde das Rad von einem Personentransportwagen erfasst. Beide Fahrer wurden mehrere Meter weit fortgeschleudert und blieben mit inneren Verletzungen und mehreren Brüchen bewußtlos liegen. Die Verunglückten wurden durch die herbeigerufene Feuerwehr in das St. Norbert-Krankenhaus gebracht.

Neuerungen im Straßenbahnverkehr. Seit dem 1. September dieses Jahres fährt die Linie „Stadtring“ vom Brandenburger Tor anfangs durch die Dorotheen- und Neue Wilhelmstraße über Friedrich-Ebert-Straße, Platz der Republik, Kronstraße, Karlstraße. Zeitkarten für die Linien 1, 2, 24, 25, 31, 57 gelten zwischen Branden-

burger Tor und Karlplatz sowohl über Dorotheenstraße, Neue Wilhelmstraße, als auch über Friedrich-Ebert-Straße, Platz der Republik, Kronstraße, Karlstraße. Ferner wurde von jetzt auch die bisher betrieblose Strecke in der Gustav-Blaschke- und Viktoriaparkstraße in Weichenje wieder in Betrieb genommen, und zwar wird die Linie 71 von der Prenzlauer Promenade über diese Strecke bis zum Mirbachplatz weitergeführt.

Jugendweihe der Arbeiterschaft Groß-Berlins

am Sonntag, den 12. September 1926, vormittags 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus, Karlstraße.

Mitwirkende:

Berliner Volkschor: Leitung Dr. Zander • An der Orgel: Willi Jaeger • Cello-Trio: Armin Liebermann, Fritz Hoppe, Karl Lenzowski • Weibliche: Dr. Lohmann • Der Sprechchor der Proletarischen Feiertunde, Leitung Albert Florath und Einzelsprecher Helmut Wille • Eintrittskarten in den bekannten Verkaufsstellen.

Der erste Segelflugzeugschuppen in Berlin, erbaut vom „Brandenburgischen Flugsportverein e. V.“, wird am kommenden Sonntag vormittags 11 Uhr auf dem Büttberg in Rahnsdorf eingeweiht. Treffpunkt 10 Uhr vor dem Bahnhofs Rahnsdorf. Neben Segelflugvorführungen sind Modellwettkämpfe vorgesehen. Gäste herzlich willkommen.

Der Wassersturz im Viktoriapark (Kreuzberg) ist bis zum 15. September 1926 täglich — außer Montags und Donnerstags — von 12 Uhr mittags bis 7 Uhr abends, vom 16. September bis 15. Oktober von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends in Betrieb.

Eine Internationale für Rettungswesen und Erste Hilfe. Der Gedanke des internationalen Zusammenschlusses auch auf kulturellen Gebieten schreitet fort. Auf dem internationalen Kongress für Rettungswesen und erste Hilfe bei Unfällen ist die Errichtung einer internationalen Vereinigung für Rettungswesen und Erste Hilfe bei Unfällen beschlossen worden. Der vorläufige Sitz dieser neuen Vereinigung, deren Satzungen bereits von den Vertretern der verschiedenen angeschlossenen Länder genehmigt worden sind, ist Amsterdam.

Der Bezirksverband der Kleingärtner des Bezirks Lichtenberg veranstaltet in den Räumen des Lokals Schwarz, Mühlendamm, vom 12. bis 14. September eine Gartenbauausstellung. Bezirgt werden sämtliche Kleingarten-erzeugnisse, wie Obst, Gemüse und Blumen, ferner auch eine große Anzahl Gebrauchsgüter für den Garten und wertvolles theoretisches Material. Eröffnet wird die Ausstellung mit einem Umzug der Vereine, unter Mitführung angelegelter Bögen, durch die Straßen Lichtenbergs.

Die Ordner der Proletarischen Feiertunde werden gebeten, am Sonntag, den 12. September, früh 9 Uhr, im Großen Schauspielhaus (Eingang Schiffbauerdamm) vollständig zum Ordnungsdienst zu erscheinen.



Am Vormittag wurde die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund aus Genf übertragen. Was man zu dem Rundfunk stehe, wie man will, mag man ihn abhören oder ihn begelstert zustimmen, in diesen Augenblicken muß man ihn als eine der größten Erfindungen bejahen. Zeit und Raum schwinden. Was bedeuten noch Entfernungen? Man wird zum Zeugen weltumspannender Vorgänge, erlebt sie in Berlin mit genau so wie die Bewohner von Paris oder London. Das geeinte Europa wird wenigstens hier zur Tatsache, der Rundfunk vereinigt die Völker, konzentriert ihre Aufmerksamkeit für Augenblicke auf einen einzigen Punkt. Man ist ausgeföhnt mit manchen Fehlern, die sonst der Rundfunk befiht: — Abends begann wieder ein neuer Jokus: „Die Entwicklung der deutschen Oper“. Als Aufsatz wählte man Gluck „Iphigenie auf Tauris“. Die Oper kommt in diesem dem Rundfunk entgegen: Einfachheit des Orchesters, — die menschliche Stimme führt immer, — Klarheit der Bühnenvorgänge, — das Geschehen rollt nur zwischen wenigen Personen ab, — und eine hübsche Melodie, die Rußik von hinreißender Schönheit, von edler Linie, der erste führende deutsche Opernkomponist war auch einer der größten. Heroisch allerdings wirkt diese Rußik heute kaum noch. Die Romantiker und Wagner haben hier revolutionierend gewirkt, aber die Ruhe und Schönheit der Gluckischen Rußik, die keine Stürme kennt, die allen Lebensformen einen veredelnden Ausdruck gibt, ergreift heute noch. Die Uebertragung unter Exzells überlegener Leitung war eine der besten, die der Rundfunk in letzter Zeit brachte. Orchester und Chöre klangen wunderbar ausgeföhnt und abgestimmt. Von den Solisten standen B. Börgesen und Emmy Bettendorfer an erster Stelle.

Das Rundfunkprogramm.

Sonabend, den 11. September.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

12 Uhr mittags: Die Viertelstände für den Landwirt. 1.30 Uhr nachm.: Hermann Vöste: „Der Rubenkopf und seine Gegner“. 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Szpanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Medizinisch-hygienische Plauderei (Ministerialrat Dr. med. Alfred Meyer). 7 Uhr abends: Alice Matsdorff: „Eine Herbstwanderung mit der Kamera“. 7.25 Uhr abends: Dr. Siegfried Nostriepke: „Fahrende Komödianten“. 7.55 Uhr abends: Dr. Oskar Sehoar: „Kartelle und Truste“. 8.30 Uhr abends: „Rheinfahrt“. Ein frühliches Hörbild. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportsnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik (Tanzorchester Etté).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 11. September.

1.10—1.40 Uhr nachm.: Dr. Leonhart Bläß und Konzertvereinigung der Berliner Domsänger: Aus nachklassischen und romantischen Dichtungen (Darbietungen für Schüler). 2—3.30 Uhr nachm.: Professor Amiel und Westermann: Einheitskurschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Gartenschulleiter Höhne: Die erzieherische Auswertung der Gartenarbeitsschule. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Wilhelm Ebert: Luftbewegung und Obstbau. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstituts. 5—5.30 Uhr nachm.: Gewerbeoberlehrerin Walther: Getreideerzeugnisse in der Küche. 6.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

Der Memeler Riesenbetrug.

Eine neue Verhaftung — Flucht eines Mitläufers nach London.

Die Ermittlungen zur völligen Klärung des Riesenbetrugs, über den wir wiederholt berichtet, haben zur weiteren Verhaftung eines Kaufmanns Philipp Wüstenei in Lichtenberg geführt, während ein fünfter Mitläufer namens Edler nach London entflohen ist. Gegen Wüstenei und den oft erwähnten Krotoschiner stellte der Vernehmungsrichter einen Haftbefehl aus, und beide wurden daraufhin in Haft genommen. In ihren Auslagen zeigen sich noch Widersprüche, die weiter geklärt werden müssen.

Bisher wurde festgestellt, daß Wüstenei und Edler in dem groß angelegten Schwindel als Empfänger der umfangreichen Rachenmaßnahmen auftraten. Wüstenei stammt aus Memel und besitzt dort ein Haus, in dem der in Zürich festgenommene Gütervorsteher Kudas wohnt. Nach dem Ergebnis der bisherigen Ermittlungen sind fünf Sendungen abgegangen, und zwar mit Patenten, landwirtschaftlichen Maschinen, Stahlfedern, Hofentwürfen und Sägen. Der Luftkäufer in Berlin war Krotoschiner. Wie die Betrüger in ins Werk gesetzt und durchgeführt wurden, ist beispielsweise an der Sendung Patentenklöffer dargelegt. Krotoschiner kaufte diese in Berlin seiner Behauptung nach für 20 000 Mark und landete sie an sich selbst über Tiffi nach Memel. Dabei belastete er sie mit einer Nachnahme von 80 000 Mark. Nachdem die Listen als Nachnahmegut in Memel eingetroffen waren, kam von dort nach Tiffi die Nachricht von ihrer Ankunft. Darauf erhielt Krotoschiner in Tiffi eine Vorauszahlung von 30 000 Mark. Die gab er an Edelstein, der damit nach Memel fuhr und sie dort einzahlte, angeblich bei der Bahn, in Wirklichkeit aber wohl als Besetzungsgelder an Rudos. Nach Tiffi wurde darauf berichtet, daß die Einzahlung von 30 000 Mark erfolgt sei. Daraufhin geschah denn auch bald, was man hatte erreichen wollen: die restlichen 50 000 Mark wurden in Tiffi an Krotoschiner ausgezahlt. Er fuhr damit nach Berlin, zog sich hier 20 000 Mark als Einkaufspreis und 5000 Mark für seine Bemühungen ab und übergab die zweiten 25 000 Mark an Edelstein, der davon wohl einen gewissen Teil an Wüstenei hat abführen müssen. In den anderen Fällen trat Edler als Scheinkäufer auf. Seine Rolle wird wohl erst näher geklärt werden können, wenn man seiner habhaft wird.

Der Typhus in Hannover.

Bis Freitag 140 Erkrankungen. — Auskunftsamt wird abgelehnt.

Hannover, 10. September. (Zl.) Wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, befiht sich die Zahl der Typhuserkrankungen bereits auf 140. In besonders starkem Maße tritt die Epidemie im Stadtteil Linden auf, wo hauptsächlich die arbeitende Bevölkerung wohnt. Die Beobachtung ist von ersteren Befürchtungen erfüllt und rechnet damit, daß die Zahl der Erkrankungen schon erheblich größer ist, als angegeben wurde. Die Stadtverwaltung hat gestern und heute die Maßnahmen beraten, die zur Bekämpfung der Typhusepidemie zu treffen sind, namentlich hinsichtlich der Unterbringung und Isolierung der Erkrankten sowie der Arztverpflegung. Die Unterbringung erfolgt zunächst im städtischen Krankenhaus I und im städtischen Krankenhaus Elisabeth-Linden, wo sowohl die Typhuserkrankten als auch die Typhusverdächtigen eingeliefert werden. Da hier die normalen Unterkunftsräume schon vorgestern abend erschöpft waren, so werden in den Krankenhäusern weitere Räume freigegeben. Ferner wurde für hinreichendes Pflegepersonal, das gerippt wurde, und ebenso für Ärzte gesorgt. Ferner sind zur Vermeidung eines weiteren Umschlagens der Seuche von der Berliner Zentrale des Roten Kreuzes fünf Doerferse Baracken mit je 20 Betten angefordert, deren Eintreffen in den nächsten Tagen erwartet wird. Ueber die Ursache der Epidemie ist man sich noch nicht im klaren. Sie ist jedenfalls nach Ansicht der zuständigen Stellen nicht in den Wasserbehältnissen zu suchen. Das Regierungspräsidium hat die Auskunftserteilung über den Verlauf der Seuche den polizeilichen Stellen übertragen. Der zuständige Medizinalrat Dr. Kangelendorf lehnt jedoch unter Bezugnahme auf seine ärztliche Schweigepflicht jede Auskunftserteilung ab. Die Zahl der Todesfälle soll über drei noch nicht hinausgekommen sein.

Die weitere Untersuchung des D-Zug-Attentats.

Die beiden Attentäter von Reiferde, Otto Schiesinger und Willi Weber, wurden am Freitag vormittag in Hannover Walter Weber gegenübergestellt. Beim Wiedersehen der beiden Brüder brach Walter Weber, der von dem Attentat seines Bruders gewußt und ihn angeblich vergebens davon abzubringen versucht hatte, in lautes Schluchzen aus und konnte zunächst fast kein Wort hervorbringen. Er schilderte dann, was er von dem Attentat seines Bruders und Schiesingers erfahren hatte. Der Vorkastern an der Unfallstelle ist nunmehr nach Abschluß der Vernehmungen auf Sonnabend vormittag festgesetzt. Ihm werden der Oberstaatsanwalt, der Untersuchungsrichter und Beamte der Reichsbahndirektion Hannover beizohnen.

Zur Dampferkatastrophe im Rigaer Meerbusen.

Die Zahl der Personen, die bei dem Untergang des Risten-dampfers „Reihade“ ums Leben gekommen sind, beträgt, wie aus Riga gemeldet wird, 33. Acht Personen, darunter der Kapitän, sind gerettet worden; sie wurden in besinnungslosem Zustande am Strande aufgefunden. Die sofort angefertigten Wiederbelebungsversuche waren erfolgreich. Das Unglück ist anscheinend auf eine Ueberlastung des Dampfers zurückzuführen. Der Kapitän wurde verhaftet.

Sport.

Cewanow startet am Sonntag auf der Ritt-Kreuz. Die ersten Dauerrennen hinter Motoren auf der Ritt-Kreuz am kommenden Sonntag Nachmittag verprechen, nach den Trainingsleistungen zu urteilen, einen hochinteressanten Verlauf zu nehmen. Die Schrittmacher Schulz und Humann erzielen gute Zeiten. Neben dem populären Paul Koch, der fleißig hinter Schulz trainiert, spielend jedem Tempo folgt und anscheinend zu den besten Leistungen als Dauerfahrer berechtigt, ist jetzt als zweiter Sieger der gerade auf Holzbahnen so vorzügliche Emil Lewonow verpflichtet worden, der ja bekanntlich in der Dortmunder Weltfahne die deutsche Wintermeisterschaft zu gewinnen vermochte. Die Verhandlungen mit zwei weiteren bekannten Dauerfahrern stehen dicht vor dem Abschluß. Die Fliegerrennen werden gleichfalls eine erstklassige internationale Bezeichnung erhalten.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin. (Nachr. verb.) Noch etwas wärmer, mäßig und zeitweise heller, meist trocken. — Für Deutschland: In Ost- und Mitteldeutschland meist mäßig, sonst weiterhin ziemlich hell, auch im Südosten etwas wärmer.



MAGGI'S Fleischbrühwürfel

sind mit bestem Fleischextrakt und feinsten Gemüseauszügen auf das sorgfältigste hergestellt. — Man achte beim Einkauf auf den Namen MAGGI und die gelb-rote Packung.

Straflose Fahrlässigkeit.

Eine Lücke im Aktienrecht.

Staatsanwalt Schröder, Mainz, schreibt uns:

Ein Aktienstrafrecht, das den modernen Wirtschaftsbedingungen entspricht, besitzen wir nicht. Die Aktiengesellschaft ist eine intensive Form der Kapitalmassierung und birgt daher an sich eine Gefährdung gleichmäßigen Volkswohls in sich. Naturgemäß ist die Gefahr der Erschütterung des sozialen Gleichgewichts um so größer, je bedeutender der Kapitalzusammenschluß ist. Dies kommt besonders zum Ausdruck bei den modernen Konzernbildungen, den Kartellen und den Trusts amerikanischen Musters, denen wir entgegenzuehen scheinen. Preisdrück für die Ware und Lohndrück für die Arbeit sind erfahrungsgemäß oft die Folgen, obwohl eine Zusammenlegung von Betrieben an sich nicht als vollwirtschaftlich schädlich anzusehen ist.

Das einzige nach der herrschenden Staatsauffassung anwendbare wirksame Mittel, der Allgemeinheit gefährliche Auswüchse nach Möglichkeit zu unterbinden, besteht in der gesetzlichen Strafbestimmung. Zunächst müßte wirksamer Schutz bei der Ursprung der Unternehmung, der Gründung und Geschäftsführung der Aktiengesellschaft, einsehen. Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse haben der Kaufmannschaft unzuverlässige Kräfte zugeführt und ehemals anständige Kaufleute verdrängt. In der Tat haben sich die Fälle gehäuft, in denen durch leichtfertige Gründungen große wirtschaftliche Schäden verursacht wurden. Ein großer Teil der Bevölkerung hat während und nach der Inflation ihr Vermögen in Aktien angelegt. Darunter befinden sich zahlreiche Kleinaktionäre, Lohn- und Gehaltsempfänger, die ihre Ersparnisse vor Entwertung retten wollten. Leichtfertige Aktiengesellschaftsgründungen schädigen nun all diese Aktionäre und damit einen großen Teil der Bevölkerung. Aber die Schäden entstehen nicht allein auf diesem Gebiet. Die mit großem Reklamegeschrei in die Welt gesetzten unsoliden Gründungen ziehen erfahrungsgemäß Arbeits- und Verwaltungspersonal aus soliden Betrieben und sicheren Arbeitsstellen, um später die übernommenen Arbeiter und Angestellten nach dem Zusammenbruch auf die Straße zu setzen und sie und ihre Familien der Not preiszugeben. Wiederholt haben maghalsige, ehrgeizige leitende Angestellte einer Gesellschaft eine Konkurrenzfirma gegründet und ehemalige Mitarbeiter zu verleiten gewußt, ihnen zu folgen. Ist das neue Unternehmen nicht lebensfähig, so haben diese Mitarbeiter nicht nur ihre Arbeit verloren, sondern sie haben bei der gegenwärtigen Krise mit langandauernder Arbeitslosigkeit zu rechnen. Häufig spricht bei diesem Vorgänge die mehr oder weniger große Geschäft- und Fachkenntnis dieser Wirtschaftsbetreiber mit, die lediglich versuchen wollen, sich selbst zu bereichern, sich aber ganz und gar nicht bewußt sind, daß sie ein Glied der großen sozialen Wirtschaftsmaschine sind. Ihr Risiko ist angelehnt an die milden Konkursbestimmungen gering; ihre Gläubiger werden im Wege des Zwangsvergleichs mit einer verschwindenden Anteilsumme abgefunden, während die Wirtschaftsräuber ihren Kapitaleinsatz und die Gewinne längst im Ausland oder unter nicht sohnbaren Deckungen in Sicherheit gebracht haben. Im Zusammenhang mit diesem prächtigen Verfahren — ein Raubweil läßt sich juristisch selten erbringen — verkracht nicht selten die eine oder andere um hohe Rechnungsbeträge geschädigte Gläubigerfirma und zieht weitere Personalentlassung, Arbeitslosigkeit und Not nach sich. Es sind daher genügend Gründe dafür da, um alle Verantwortlichen scharf zu kontrollieren. Das Handelsgesetzbuch bedroht jedoch nur „absichtlich“ oder „wissentlich“ begangenen Gründungsschwindel, Untreue oder Vermögensverschleierung (§§ 312, 313, 314) mit Strafe. Anlässlich des Zusammenbruchs vieler großen und kleinen Aktiengesellschaften müßte festgestellt werden, daß die strafrechtlich verantwortlichen Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sich grober Fahrlässigkeit schuldig gemacht hatten, ohne bestraft werden zu können. Eine gerichtliche Sühne ist in den meisten Fällen ausgeschlossen, weil der erforderliche Nachweis des „wissentlichen“ oder „absichtlichen“ Handelns nur äußerst selten möglich ist. Ein Hinweis auf die komplizierte Buchführung eines modernen Betriebs und ein Zeugnis der Beschuldigten wird meist genügen, um diese freikommen zu lassen, selbst wenn gröbliche Verstöße gegen kaufmännische Sorg-

falt und Uebung nachgewiesen werden könnten. Die Aufsichtsräte pflegen ohne Ausübung des ihnen gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsrechts alles gutzuheißen, was ihnen Vorstand und „geschäftstüchtige“ Generaldirektoren vorlegen. Die Strafbestimmungen des Handelsgesetzbuchs müßten deshalb durch einen weiteren Paragraphen ergänzt werden: „Wer die in den §§ 312 bis 314 genannten Taten aus Fahrlässigkeit begeht, wird bestraft.“

Auch die Entwicklung der Aktiengesellschaften und anderer Gesellschaftsunternehmungen in den Formen ihrer Zusammenschlüsse (Konzerne, Kartelle, Trusts) zwingt zu vorbeugenden Strafbestimmungen. Anlässlich der kürzlich im Sand verlaufenen Preisentzugsaktion der Regierung hatte man scharfes Einschreiten auf Grund der Kartellverordnung vom 2. November 1923 vorgesehen; es blieb bei der Absicht. Durch das Gesetz über Steuerermäßigungen vom 31. März 1926 ging man in neuem Kurs sogar dazu über, durch Milderungen auf dem Gebiet der Gesellschafts-, der Grunderwerbs-, Wertzuwachs-, Vermögens- und Körperschaftsteuer den Zusammenschluß zu Interessensverbänden zu begünstigen. Schwer ist es, unter herrschendem kapitalistischem Regime typische kapitalistische Auswüchse zu bekämpfen, ohne den Gang der Wirtschaft zu erschweren. Es soll deshalb auf die zivilrechtlichen Möglichkeiten der genannten Kartellverordnung und die dort angegebenen Selbsthilfemöglichkeiten recht zweifelhaften Wertes nicht eingegangen werden. Die einzige wesentliche Strafbestimmung (§ 18) müßte lediglich einzelne Außenleiter vor Boykottmaßnahmen der Kartelle schützen. Ein Schutz der Allgemeinheit vor ungerechtfertigtem Preis- oder Lohndrück findet sich jedoch nirgends. Dieser Mangel wird heute um so empfindlicher bemerkt, als ein Preisdruck durch die bekanntlich aufgehobene Preistreibeverordnung nicht mehr möglich ist.

Es müßte deshalb in das geltende ständige Handelsrecht — die Kartellverordnung hat nur vorübergehende Geltung — der vorgenannte § 18 der Kartellverordnung (Boykott) und eine weitere Bestimmung etwa folgenden Inhalts aufgenommen werden:

„Verantwortliche Leiter von Konzernen, Kartellen oder gleichem oder ähnlichem wirtschaftlichem Zweck dienenden anderen Verbänden werden bestraft . . . wenn sie vorsätzlich oder fahrlässig für die von ihnen hergestellten oder betriebenen Waren des allgemeinen Gebrauchs oder Verbrauchs Preise festsetzen oder fordern, die volkswirtschaftlich als zu hoch nicht gerechtfertigt werden können, oder aus Eigennutz die Entgelte für Arbeitsleistungen ihrer Angestellten unangemessen herabsetzen.“

Eine Umwälzung ist im Werden, die die Bedeutung des Einzelindividuum herabmindert und die der Massen, der Verbände, steigert. Ergreifen wir angesichts dieser Entwicklung nicht rechtzeitig Vorkehrungsmaßnahmen, so werden wir bald wirtschaftsfrühtigen Trusts als Gegnern gegenüberstehen, Kapitalverbänden, die Preise und Löhne nach ihrem Belieben zu diktieren suchen und dabei womöglich noch durch Schutzgesetze unterstützt werden. Könnte sich die Gesetzgebung nicht rechtzeitig dem Gang der Entwicklung anpassen? Die Inflationszeit gab uns doch genügend Lehren.

Rachwort der Redaktion. Wir geben die vorstehenden Ausführungen eines praktischen Juristen wieder, weil sie zeigen, wie schwer das Fehlen einer strafrechtlichen Regelung auf den gekennzeichneten Gebieten bei der Ausübung des Rechtes empfunden wird. Der fahrlässigen Geschäftsführung müßte in der Tat ein Riegel vorgeschoben werden. Doch vorsätzlich oder fahrlässige Preisbockhaltung und Lohnsenkung unter Strafe gesetzt werden, würde wahrscheinlich auch bei einer gesetzlichen Regelung auf große Schwierigkeiten stoßen. Ist diese Anregung auch eine Diskussion wert, so wird man sich doch darüber klar sein müssen, daß insbesondere die Verhinderung niedriger Löhne eine Angelegenheit des Kampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern bleiben wird, für den die Arbeiterschaft durch Stärkung ihrer Gewerkschaften Vorsehrung treffen muß.

Die Verwendung der preussischen Amerika-Anleihe.

Vom preussischen Staate ist eine auf amerikanische Währung lautende, mit 6½ Prozent verzinsliche Auslandsanleihe im Gesamtbetrag von 20 Millionen Dollar an ein Bankkonsortium, das unter Führung der Firma Harris, Forbes u. Company, New York, steht, begeben worden. Die Anleihe gelangt unter der Bezeichnung: „6½ amortisierbare Gold-Schuldverschreibungen des Freistaates Preußen, Auslandsanleihe von 1926“, in Stückeln von je 1000 Dollar zur Ausgabe. Dem Konsortium gehören folgende Firmen an: Harris, Forbes u. Company, Brown Brothers u. Company, The New York Trust Co., The Equitable Trust Co. of New York, sämtlich in New York, Wendelslohn u. Co., Amsterdam.

Die Anleihe ist zum Ausbau der staatlichen Elektrizitätswerke und Hafenanlagen bestimmt. Die Verwendung ist etwa in folgender Weise vorgesehen:

Rund 53 000 000 Reichsmark für die Elektrizitätsunternehmungen; etwa 23 000 000 Reichsmark für Hafenanbauten.

Für die Anleihe ist eine Laufzeit von 25 Jahren vorgesehen. Der preussische Staat hat sich indessen das Recht vorbehalten, die Anleihe nach Ablauf der ersten fünf Jahre, das heißt vom 15. September 1931 ab, jederzeit mit sechsmonatiger Frist zu einem Zinstermin im ganzen oder in Teilbeträgen zu kündigen. Sofern

von diesem Rechte kein Gebrauch gemacht wird, müssen 50 Prozent der Anleihe, also 10 000 000 Dollar, vom 15. September 1932 in 20 Jahresraten bis zum 15. September 1951 getilgt sein. Die restlichen 10 000 000 Dollar sind sodann in einer Summe am 15. September 1951 zurückzuzahlen. Die Zahlung des Gegenwertes wird voraussichtlich noch im Laufe dieses Monats an die preussische Finanzverwaltung gegen vorläufige Befreiung eines Interimsscheines über den Gesamtbetrag der Anleihe erfolgen. Die endgültigen Stücke werden im Frühjahr 1927 im Austausch gegen den Interimsschein zur Ablieferung kommen.

Das Bankkonsortium beabsichtigt, die Anleihe bereits in den nächsten Tagen in Amerika um 95 Prozent zur öffentlichen Zeichnung aufzuliegen. Ein Teilbetrag von 2,5 Millionen Dollar ist für die Zeichnung in Holland reserviert worden. Bei dem Zeichnungsurteil von 95 Prozent ergibt sich somit eine Restverzinsung von nicht ganz 7 Prozent. Der Satz ist nur unwesentlich höher als die Restverzinsung der Dawes-Anleihe zum gegenwärtigen Kurse. Für den preussischen Staat ergibt sich unter Berücksichtigung der gesamten Vertragsbedingungen eine Restverzinsung von etwa 7,4 Prozent. Die Anleihe stellt sich mithin für den preussischen Staat um rund ½ Prozent günstiger als alle bisherigen zum Abschluß gebrachten, mit dieser Anleihe vergleichbaren deutschen Dollaranleihen.

Stabile Zahlungsmittel in Belgien?

Trotz der letzten Schwankungen des belgischen Frankenturses scheint die belgische Regierung für die Stabilisierung des Frankens sehr zuversichtlich zu sein. Wie aus Brüssel gemeldet wird, hält die Regierung an dem Stabilisierungskurs von 175 Fr. für ein englisches Pfund Sterling fest und trifft bereits Vorkehrungen zur Ausgabe von stabilen Zahlungsmitteln. Zunächst sollen Münzen im Wert eines halben Goldfranken (franc écu) in Umlauf gebracht werden, denen später größere Münzen folgen sollen. Die Bemühungen, auf dem amerikanischen und englischen Geldmarkt eine 70-Millionen-Dollar-Anleihe unterzubringen, dauern fort. Uebrigens wird das märchenhafte Angebot des belgischen Finanzmagnaten Löwenstein, angesichts der Anleihebeschwierigkeiten dem belgischen Staat selbst 50 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, von der belgischen Regierung deniert. In der Londoner City hat man dieses Angebot mit der Bemerkung abgelehnt, daß Löwenstein bestenfalls aus der Finanzierung der Geschäfte, die er sich als Gegenleistung von Belgien garantieren lassen wollte, sein Angebot hätte wahrnehmen können.

Die deutsche Girozentrale erhöht ihr Kapital. Im Zusammenhang mit der Augsburgener Liquidation der deutschen Sparkassen, Girozentralen und Kommunalbanken wurden unbestimmte Mittelungen über eine Erhöhung des Betriebskapitals der Deutschen Girozentrale und Deutschen Kommunaldank Berlin verbreitet. Wie jetzt bekanntgegeben wird, erfolgt diese Erhöhung tatsächlich. Aber nicht um 2 Millionen bzw. 7½ Millionen, wie gemeldet wurde, sondern um 8 Millionen, von 20 Millionen auf 28 Millionen Mark. Die Erhöhung wird sofort durchgeführt, und zwar durch Umlegung auf die der Zentrale angeschlossenen Verbände, von denen jeder eine halbe Million Mark übernimmt. Der Zweck ist vor allem in dem stark angewachsenen Emissionsgeschäft zu suchen. Eine Beteiligung fremder Banken und Geldinstitute kommt nicht in Frage. Wie wir hören, dürfte die Kapitalerhöhung damit noch nicht beendet sein. Es ist wahrscheinlich, daß in absehbarer Zeit eine weitere Verstärkung der Betriebsmittel folgen wird, auch unter anderen Modalitäten der Durchführung.

Die AEG. in der Braunkohlenindustrie. Der AEG-Konzern hatte bisher in der von der AEG. beherrschten Kohlenveredelung G. m. b. H. ein Unternehmen, das für die Braunkohlenindustrie Verschmelzungsgeneratoren zur Braunkohlenveredelung baute. Wie gemeldet wird, geht der AEG-Konzern jetzt selbst zur Braunkohlenveredelung über. Die G. m. b. H. wird in eine Aktiengesellschaft umgewandelt, das Kapital wird erhöht, die Gesellschaft auf anhaltisches Gebiet verlegt. Dort soll eine neue Veredelungsanlage mit 10 Generatoren und einer Tageskapazität von 1000 Tonnen Braunkohle errichtet werden. Kohlenbofs ist die Tenderreferre der Grube Leopold und die Grube Anna des Rütgers-Konzerns. Das Kapital der neuen Gesellschaft bleibt vollständig im Besitz der AEG.

Für Dampfessel und Gasometer 7 statt 5 Proz. Dividende. Für die Dampfessel- und Gasometerfabrik vorm. A. Witte u. Co., Braunschweig, haben die letzten drei Monate des am 31. März 1926 geschlossenen Geschäftsjahres bereits die Nachteile der Krisenmonate ausgeglichen. Das ist eine beachtliche Feststellung, die in der erhöhten Dividende übrigens bestätigt wird. Wie im Vorjahr wird von schärfer Konkurrenz um die Aufträge berichtet; besonders liegt der Maschinenabfall heute noch darnieder. Die Gewinnerrechnung zeigt eine Quelle des von 94 000 auf 136 000 Mark gestiegenen Reingewinns besonders deutlich: obwohl der Geschäftsumsatz offenbar beträchtlich erweitert wurde (die Forderungen stiegen von 0,54 auf 0,74 Mill.), gingen die Handlungskosten um den vollen Betrag der ausgewiesenen Gewinnsteigerung zurück. Die beträchtlichen Gewinne waren aber offenbar höher als die ausgewiesenen, denn die Verpflichtungen erschienen trotz der Geschäftsausdehnung von 0,40 auf 0,25 Mill. gekürzt. Auch sind die Material- und Warenvorräte statt mit 0,47 nur mit 0,31 Mill. bemerkt, was auf stille Reservenbildung bei diesem Posten schließen läßt.

Stilllegung von Zuckerrübenfabriken. In der bevorstehenden Zuckerkampagne 1926/27 werden zehn rübenverarbeitende Zuckerrübenfabriken, wie die „Konjunktur-Korrespondenz“ erfährt, den Betrieb nicht aufnehmen. Neun davon werden dauernd stillgelegt. Die für diese Fabriken früher angebauten Zuckerrüben werden zum Teil von anderen Zuckerrüben übernommen. Ingesamt wurden seit der Kampagne 1918/19 41 rübenverarbeitende Zuckerrübenfabriken und vier Raffinerien dauernd stillgelegt. Durch den Verfall von Verträgen gingen außerdem für Deutschland 29 Zuckerrübenfabriken verloren, so daß sich der Gesamtverlust seit 1918/19 auf 74 Fabriken beläuft. Verschiedene Fabriken werden in der Kampagne 1926/27 zum letzten Male arbeiten, um dann gleichfalls endgültig stillgelegt zu werden. Die Zahl dieser Fabriken scheint noch nicht festzustehen.

Deutsche Zehngewinne am englischen Kohlenstreik. Wie aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, hält die Abfallsteigerung für Ruhrkohle infolge des englischen Streiks nachdrücklich an. Die Halben der Zehen sind fast vollständig geräumt; ebenso die Lagerbestände an Briketts. Selbst die erheblichen schwer absehbaren Vorräte an Feinkohle haben vollständig ihre Abnehmer gefunden. Die Vorräte sind zwar noch groß, der August hat aber auch für den Kohlenabfall mit 300 000 Tonnen eine Verdreifachung des Juliabfalls gefunden. Für die Zehnbefitzer bringt die Englandkonjunktur natürlich sehr große Gewinne, und zwar um so größere, als in den vielerlei Beständen, mit deren Abfall man nicht rechnen konnte, alle vorgenommenen Abschreibungen wieder zu vollen Gewinnen werden. Als Symptome für die innerdeutsche Wirtschaft sehr beachtlich ist die Mitteilung, daß auch der Kohlenabfall im Inland steigt. Die Kohlenverläufe ins unbestrittene Gebiet haben sich darauf gesteigert, daß der Gesamtabfall des Kohlenhandels in das bestrittene Gebiet übertroffen wird, obwohl letzterer durch die englischen Verhältnisse ohnehin höher liegt als sonst.

GARBÁTY

Einer sagt's dem andern — Die Baccarat ist neu

trias

Der verbrannte Christus.

Von Hans Frand.

Auf einer fernen Felsküste, mehrere mühsame Wegstunden von Wanderscheid entfernt, lag bis zum Beginn des vierten Weltkrieges ein einsames Bauerngehöft. Wie man ihrer dortzulande — verstreut über die nur widerwillig der Bebauung sich fügenden Berge — manche antrifft: Haus und Scheune lassen sich nicht daran genügen, mit wenigen halbblinden Fenstern finstert ins Tal zu blicken. Ihre feldwärts gerichteten blauroten Klinkergiebel laufen in andert-halbmannshohe Mauern aus, die sie zu einem zweiflügeligen Gebäude zusammenzwingen. Ihre Außenwände haben es schwerer, zueinander zu kommen; zweimal muß ihre Mauerverlängerung, das ganze Wohngrundstück abgrenzend, sich rechtwinklig wenden. Aber sie geben nicht Ruhe, bis auch sie gleich den Giebeln beisammen sind und das Bauerngehöft einer verkümmerten Burg gleicht, die zu befürchten scheint, den geringen, in monatelanger Fron geborgenen Ernteseigen wider Ueberfälle von Wegelagerern verteidigen zu müssen.

Hart ist in solcher Arbeitsburg das Leben. Und einformig. Die Ackerbestellung ein unablässiger Kampf mit dem steinigen Boden. Die Tage gehen dahin, einer gleich dem anderen: Monate, Jahre, Jahrzehnte, Generationen hindurch. Man schuftet, um essen zu können. Man ist, um schuften zu können. Die häufige Ausübung der überkommenen Frömmigkeit schafft tagtäglich die einzigen Ruhepausen. Denn vom Tisch stolpert man an die Arbeit, und wenn man sechzehn, achtzehn Stunden nach Tagbeginn mit der Arbeit innehalten muß, fällt man aufs Bett. In der Kirche aber und im Beschemel darf man, obwohl man sich keiner Pflicht, den Pfarrer zu hören, Mutter-Maria-Bebeie zu murmeln, nicht entzieht, die geröteten Augen schliefen, ein wenig vor sich hinstarren.

Und doch kann hinter solchen unerbittlichen Klinkermauern die Freude daheim sein. Und der Friede. Der Friede mit Gott und Mensch, mit Himmel und Erde, zwischen Mann und Frau, zwischen Eltern und Kindern, unter Brüdern und Schwestern.

Auf dem Hüsgertshofe oberhalb Wanderscheid gingen Freude und Friede ein und aus. Drei Söhne wuchsen dort heran: lang, blond, starkknochig, arbeitswillig, ehrbar, gottgläubig. Wie hätte man nicht togas, togein die Hände falten sollen? Zum Dank! Denn zu bitten hatte man nichts. Allerhöchst, daß es bliebe, wie es war. Aber warum Unnützes aussprechen? Krankheit war nicht zu befürchten. Väter und Mütter hatten beiderseits erst als Siebziger und Achtziger diese Erde verlassen. Weil sie es müde, nicht weil sie krank geworden waren. Was also konnte dem einträchtig ihr schweres Tagewerk vollbringenden Fünfs auf dem Hüsgertshofe geschehen?

Auch in diese Einsamkeit drang im August 1914 die Kunde, daß Krieg auf Erden sei. Eine Woche hernach war der älteste der drei Söhne, Rabes, fort. Vater Hüsgert murmelte. Mutter Hüsgert verwies es ihm. Was fünf gefascht hätten, werde Bieren zwar sauer. Aber umschaffbar wäre es nicht. Eine Stunde früher aus den Betten, eine Stunde später hinein, zum Essen nur des Abends heim, des Schweifes noch weniger geachtet als bisher: da werde es schon geben. Murren sei Sünde wider Gott und seinen Sohn, die sich an ihnen rächen müßte.

Als einen Monat später ein unfrankierter Brief kam, der meldete: Jacobus Hüsgert sei vor Raubeuge fürs Vaterland gefallen, hob der Bauer die geballte Rechte zum Himmel. Die Bäuerin, ohne eine Träne im Auge, rief sie herunter: Ob er von Sinnen geraten wäre? Sei gut so. Nein, nicht gut. Aber: sei in der Ordnung so. Alle Väter und Mütter müßten, sage der Pfarrer, mit dem Blut ihrer Söhne die allgemeinen Sünden zahlen. Woher sie das Recht nehmen wollten, es besser zu haben als alle? Die Sache stimme. Erst jetzt könne sie die beiden Dahergebliebenen ohne Sorge anblicken. Bisher sei die Woge nach einer Seite ausgeschlagen. Nach der falschen. Denn sie hätten ihr schuldiges Opfer noch nicht hineingeworfen. Nun aber gingen beide Scholen in der Schwelbe. Sie hätten bezahlt. Quitt mit dem Vaterland. Quitt mit Gott. Quitt!

Der Bauer, ohnehin der Schwächere im Haus, wurde von solchem verbliebenen Eifer übermunden. Mit langsamem Kopfnicken stimmte er zu.

Aber weder Vater Hüsgert noch Mutter Hüsgert waren, so oft sie es sich gegenseitig versicherten, daß sie durch den Tod ihres Ältesten vollaus bezahlt hätten und ihnen daher nichts mehr geschehen könnte, ihrer Sache im innersten Herzen gewiß. Der Mann versuchte das drohende Verhängnis mit Briefen in die Stadt abzuwehren. Einmal ums andere bewies er den Behörden, daß nicht nur sie keinen ihrer beiden zurückgebliebenen Söhne — falls sie nicht verhungern sollten — entbehren könnten, sondern daß es auch besser fürs Vaterland wäre, wenn sie dabei blieben. Weil sie ihm durch die nahrungsgeschaffende Arbeit ihrer Hände mehr zu nützen vermöchten als draußen im Felde durch Leib und Leben. Die Frau schalt über die unnütze Schreiberei. Kein Mensch auf Erden vermöge zu helfen. Nur von Gott im Himmel und keinem Sohn könne Hilfe kommen. Sie hielt sich ans Gebet. Das einzig sei von Nutzen. Und koste, auch wenn man die Zahl der täglichen Bitten verdoppele, verzehnfache, immer noch weit weniger Zeit als die zwecklosen Briefe. Der Mann aber ließ sich nichts von der Frau bedeuten. Beide Worte wurden heftiger, häßlicher, härter. Ihr Schweigen weitete sich zu einem Abgrund. Hüben und drüben liefen ihre Wege.

Im Frühling des zweiten Kriegesjahres kam eine Postkarte, die den Zweitältesten, den Sepp, ins Feld rief. Der ging frohen Mutes. Keine Sorgen lauerten seine letzten Worte. Er werde es besser machen als der Rabes. Werde wiederkehren. In der Tat kamen monatelang gute Nachrichten von ihm. Anfangs aus der Garnison, dann aus dem Westen, zwischen durch aus dem Süden und Italiens Grenze, schließlich aus dem Osten. Im Spätsommer blieben Sepps Briefe und Karten aus. An einem Novembermittag leuchtete der Briefträger mit einem Dienstschreiben zum Hüsgertshofe hinan. Nicht nötig, es aufzureißen! Was anders konnte es enthalten als Unheil? Schließlich sah der Bauer sich ein Herz und zerfetzte den Umschlag. Es war, wie Vater, Mutter und Sohn vermutet hatten: Josef Hüsgert den Heldentod fürs Vaterland gestorben zu — den Namen des Ortes konnte keiner der Drei aussprechen — zu? in den Karpaten.

Vater Hüsgert reichte beide geballten Hände zum Himmel auf. Kluchte Gott und Welt, Kirche und Obrigkeit. Mutter Hüsgert rief seine Hände nicht herunter. Nur seine sündigen Worte verwies sie ihm mit tränenerfüllten Worten: Zugelassen, sie hätte sich geirrt. Mit dem Gleichschweben der Schuldlosen sei es nicht getan. Eine hätte herabgedrückt werden müssen. Welche anders als die ihres Opfers? Nun hätten sie ihre Schuld bis auf den letzten Rest bezahlt. Nun — nun erst! — seien sie entläßt. Ihrem Jüngsten könne nichts geschehen.

Natürlich!



Der Deutschnationale: „Hm ... tja ... tja also ... also wir erklären uns zur Mitarbeit durchaus bereit!“

Aber wieder mußte die Frau solchen sicheren Worten im Innersten mißtrauen. Länger, häufiger, heftiger betete sie. Manchmal barnte die Arbeit ihrer vergeblisch. Der Mann rief sie von den Äulen hoch, wenn er sie außer der Zeit mit betend erhobenen Händen fand. Zerette sie aus dem Hause in die Scheune, ins Feld. Schalt: Ihr Beten sei sinnlos. Es gebe keinen Gott mehr. Der sei vor Altersschwäche gestorben. Wenn er noch lebte, könne er das wahnsinnige Warden ringsum dulden, ohne Schwefel und Feuer auf die Schuldigen fallen zu lassen? Kein Gott im Himmel samt seinem Sohn und dessen Mutter könnte helfen. Nur Menschen auf Erden vermöchten es. Und der Bauer handelte nach solchen Worten. Er ging wiederholt in die Stadt. Stets hochbehaft mit Schwären. Nie brachte er einen Pfennig als Erlös dafür heim. Die Frau forschte nach seinem Tun. Vergeblich. Sie zerete dawider. Umsonst. Längst war nicht nur die Freude, war auch der Friede vom Hüsgertshofe geflohen. Schließlich brachte der Mann, nachdem er von Amtsstelle zu Amtsstelle gelaufen und ungewogene Schwärenmengen um gute Worte hingegeben hatte, die Botenschaft aus der Stadt heim, daß ihr Jüngster auf kein Betreiben hin vorläufig als unabtönnlich zurückgestellt sei. „Vorläufig!“ höhnte die Bäuerin, die nicht zugestehen wollte, daß der ungläubig Gewordene mit sündhaften Mitteln etwas Gutes erreicht hätte, „vorläufig!“ Da schlug der Hüsgertbauer seine Frau, daß sie schwieg, mit der Faust auf den Mund.

Im Januar des dritten Kriegesjahres wurde der dritte und letzte Sohn der völlig miteinander Zerfallenen vom Vaterland zu Hilfe gerufen. Der Bauer begleitete das Bitterte bis an die Grenze seines Gebietes. Dort setzte er sich auf den Gemarkungstein und blidte ihm nach. Als er im Tal verschwunden war, lehrte Hüsgert zum Hof zurück. Ging aber nicht in das Haus zu seiner weinenden Frau. Sondern in die Scheune zu Pferden und Kühen, zu Schweinen und Schafen. Weil er auch nach Stunden das Haus nicht betreten hatte, fing die Frau an ihn zu rufen. Aber die Antwort blieb aus. Also mochte er bleiben, wo er war! Sie räumte das falgewordene, unangerührte Essen vom Tisch und machte sich an ihre Handtierung. Auch zum Schlafen kam der Bauer nicht ins Haus. War gut so! Konnte keiner dem Anderen mit Worten, mit Stummsein wehtun. Erst als auch am nächsten Morgen ihr Rufen umsonst war, ging die Bäuerin in die Scheune. Der Mann lag unter der Egge in seinem Blut. Er hatte das vielzinkige Ackergerät auf sich gerissen. Einer der Eisenstacheln war ihm ins Herz gedrungen. Er atmete nicht mehr.

(Schluß folgt.)

Wachtel, Ernte.

Das Erläuterlichste unter all den Schauspielen des großen Vogelzuges im Herbst ist der Auszug der Wachteln von ihren Brutgebieten in den weiten Steppen Rußlands nach den Winterquartieren in Afrika. Dieser Zug nimmt jetzt seinen Anfang und dauert etwa zwei Monate, wobei immer ein bis zwei Tage zwischen dem Aufbruch der einzelnen riesigen Wachtelheere liegen.

Das ist zugleich auch die Zeit der Wachtel-Ernte, die in den Ländern des südlichen Europa und des Mitteländischen Meeres abgehalten wird, durch die diese unzähligen Millionen von Vögeln kommen. In früheren Zeiten war auch Deutschland an dieser merkwürdigen Ernte beteiligt, und in der Umgegend von Leipzig besonders wurden viele dieser schmackhaften Vögel erlegt, so daß neben den Leipziger Lerchen auch die Leipziger Wachteln bei Feinschmeckern berühmt waren. Heutzutage sind es hauptsächlich die Gebiete längs der nördlichen, westlichen und östlichen Küsten des Mittelmeeres, an denen ein Netz, eine Schlinge, eine Falle neben die andere gestellt wird. Besonders ergiebig ist der Wachtelzug auf der Insel Capri; dort werden bis zu 200.000 Tiere in jedem Jahre erbeutet, und die Bischöfe, zu deren Sprengel das Eiland gehört, bezogen früher einen bedeutenden Teil ihres Einkommens aus dieser Ernte. Auf den Inseln des griechischen Archipels und an manchen Stellen des Peloponnes sind Männer, Frauen und Kinder die ganzen zwei Monate mit dem Fangen und Einjäten der Wachteln beschäftigt. Man fängt sie mit Fuß- und Halsschlingen, mit Klebe- und Stedgarnen, ja, die Knaben erschlagen sogar die recht fetten Tiere mit Stöcken. Sie werden dann gerupft, Köpfe und Füße abgeschnitten, die Eingeweide herausgenommen, wie Heringe verpackt und hauptsächlich nach den Märkten der Levante versendet. Jenseits von Alexandria ist ebenfalls die Küste mit Netzen besät. Die Wachtel-fänger stellen sich schon etwa eine Woche auf, bevor die Vögel erscheinen, und jeder Mann hat seinen bestimmten Jagdgrund. Ungeheure Massen machen in der Nähe von Konstantinopel halt, und die Wachtelernte wird hier als ein großes Volksfest gefeiert und schließlich erwartet. Die Wachteln sind sehr schlechte Flieger, und viele von ihnen fallen besonders bei widrigen Winden erschöpft ins Meer, in dem sie ertrinken. Außerdem aber werden noch zahlreiche Tiere die Beute von Raubvögeln. Glücklicherweise gehören die Wachteln zu den fruchtbarsten Vögeln, sonst würden sie längst ausgerottet sein.

Der Notschrei von St. Kilda.

Die 75 Kilometer von den Äußersten Hebriden entfernte, im Atlantik einsam gelegene Insel St. Kilda ist ein Schmerzenskind der Engländer, das soeben wieder die besorgte Aufmerksamkeit des Mutterlandes in Anspruch nimmt. Alles spricht dafür, daß die nur wenige Köpfe zählende Einwohnerzahl infolge des Knappwerdens der Lebensmittel, die ihr von Schottland aus zugeführt werden müssen, von ernster Hungersnot bedroht ist. Fischerboote, die in Fleetwood ankamen, berichten, daß, als sie in der Nähe des Inselchens Kilda ihre Netze auswarfen, sie von der Insel aus durch eine Art primitiven Megaphon angerufen wurden. Der Hilferuf schloß mit der bangen Frage, ob das Schiff, das in gemessenen Zwischenräumen die Insel mit Proviant versorgt und ihr die Post überbringt, unterwegs sei. Die Fischer wußten darüber nichts zu sagen, und da die Insel weder ein Pier noch einen Landungsplatz hat und die Brandung überdies einem Boot die Annäherung unmöglich macht, konnten sie keine Hilfe leisten. Man muß damit rechnen, daß die Bewohner mit ihrem Vorrat an Nahrungsmitteln zu Ende sind, umso mehr, als die letzten Mittelungen, die man von dem weitverlorenen Eiland erhielt, schon erkennen ließen, daß die Vorräte an Getreide und Zucker nahezu erschöpft seien. St. Kilda hat schon früher häufig unter den Heimsuchungen von Krankheiten und Entbehrungen zu leiden gehabt. Wiederholt mußten Hilfeexpeditionen in aller Eile ausgerüstet werden, um den Bewohnern Rettung zu bringen, die zuweilen länger als sechs Monate von der Welt gänzlich abgetrennt sind. Im Jahre 1920 erkrankten sechzig von den achtzig Einwohnern an Influenza, so daß alle Arbeiten zum Stillstand kamen, und der Pfarrer der kleinen Gemeinde auch des Amtes als Totengräber walten mußte. Vor zwei Jahren brach in St. Kilda eine schwere Epidemie von Lungenseuche aus; die Bewohner gaben damals einem norwegischen Walfischfänger durch Signale ihre Not zu erkennen und erbatend dringend Hilfe. Der Notruf wurde von dem Schiffe funkentelegraphisch an das Festland weitergegeben, worauf eine Hilfeexpedition ausgerüstet wurde.

Wo Eltern- und Kindesmord erlaubt ist. Andere Völker, andere Sitten! Diese Sitten können uns freilich manchmal höchst merkwürdig vorkommen und unseren Glauben an die feststehende Geltung gewisser Sittenbegriffe erschüttern. Das ist z. B. bei den Eskimos der Fall, wo sogar der Eltern- und Kindesmord für erlaubt gilt. Wie Professor Andersen in der Leipziger „Illustrierten Zeitung“ ausführt, gilt bei den Eskimos der Elternmord dann für zulässig, wenn die Eltern durch ihr hohes Alter zu hinauf geworden sind, um sich selbst zu ernähren. Die Entschuldigung für diese graufige Sitte läßt sich darin finden, daß die Eskimos häufig an großem Nahrungsmangel leiden und, wenn sie weite Strecken mit ihren halbverhungerten Hunden auf ihren Schlitten zurücklegen müssen, die hilflosen Eltern nicht mitschleppen können. Aber auch ohne diese Notlage kommt die Tötung der Eltern öfters vor; man mauert sie bei der Abfahrt in der Eischütte ein oder wirft sie während der Reise einfach aus dem Schlitten. Dieser Elternmord ist aber nicht so häufig wie der Kindermord. So wird von den Junglingen grundsätzlich der eine getötet, bei Verschiedenheit des Geschlechts das Mädchen. In den ersten vier Tagen nach der Geburt haben die Eltern unter allen Umständen das Recht, die Kinder zu töten. Vom 5. Tage an wagen sie es nicht mehr, da dann nach ihrem Glauben das Kind eine Seele besitzt, die sich rächen könnte. Die Eskimo-Eltern empfinden diese Kinderlösungen zu wenig als unethisch, daß sie ohne Scheu davon erzählen, und das ist um so verwunderlicher, als die Eskimomütter ihre lebenden Kinder sonst mit der größten Zärtlichkeit und Fürsorge umgeben. Der Ehebruch ist bei den Eskimos etwas ganz Alltägliches, denn die Ehe gilt nicht als dauernder Lebensbund, und wenn zwei Männer sich ihre Freundschaft bezeugen wollen, dann tauschen sie ihre Frauen auf längere oder kürzere Zeit aus.

Gold auf der Straße. Die Straßen des großen Juwelierviertels zu Birmingham sind fasttäglich mit Gold und Silber sowie anderen kostbaren Metallen gepflastert. Diese Behauptung ist keine Uebertreibung; sie wurde kürzlich nachgewiesen, als die Inhaber eines großen Goldwarenladens den Boden ihrer Werkstätte und den vor dem Geschäft neu herrichteten Hof. Die Holzbohlen, die fortgenommen wurden, wurden zu Asche verbrannt, und diese dann genau untersucht. Dabei fand man soviel Gold- und Silberstaub, daß damit die Kosten der ganzen Neuanlage gedeckt wurden. Durch diese Tatsache ist man nun auf den Gedanken gekommen, die ganzen Straßen sorgfältig zu reinigen und den kostbaren Metallstaub zu sammeln, der sich durch viele Jahrzehnte hier angehäuft hat.

Ein Körperteil als selbständiges Tier. Bekanntlich gibt es verschiedene Tiere, so z. B. gewisse Würmer und Schnecken, denen die Fähigkeit eigen ist, wenn sie vom Feinde angegriffen werden, die gefährdeten Teile ihres Körpers einfach abzutrennen und im Stiche zu lassen, was ihrem Fortbestehen auch weiter nicht schadet. Bei manchen Seefern aber kann man eine Beobachtung machen, die wirklich verblüffend ist. Verliert nämlich ein solches Tier einen seiner den Körper strahlensförmig umgebenden Arme, so entsteht aus dem abgetrennten Arm binnen kurzem wieder ein neuer Seeferne.

